:antifaschistische nachrichten

Nr. 7

g 3336 2.4.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

AfD geht stiften

Berlin. Die sogenannte „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat eine parteinahe Stiftung gegründet. Diese trägt den Namen des Desiderius Erasmus von Rotterdam. Der Name stehe „für die pro-europäische, aber Euro-kritische Haltung der Partei“, heißt es auf der Internetseite der AfD. Die Stiftung wolle „die staatsbürgerliche Bildung fördern, wissenschaftliche Untersuchungen in Auftrag geben, der internationalen Verständigung dienen sowie die Aus- und Weiterbildung begabter junger Menschen unterstützen“. Zum Vorstandsvorsitzenden der Stiftung wurde Konrad Adam gewählt. Seine Stellvertreter sind Michael Muster und Götz Frömming. Schatzmeister und Geschäftsführer wurde Gerhard Fischer. *hma* ■

„Lesertreffen“ im Harz

Harztor. Im Ferienhotel Hufhaus-Harzhöhe soll vom 17. bis 19. April das 7. „Lesertreffen“ der neofaschistischen Zeitschrift „Recht & Wahrheit“ stattfinden. Unter dem Motto „Ruf nach Freiheit“ wolle man auf der Veranstaltung „die Schleier der Lüge und des Schweigens, Vortrag für Vortrag, zerreißen“, heißt es in der Einladung. Als Referenten angekündigt werden Dipl.-Ing. Harm Menkens vom einschlägig rechten „Lühe-Verlag“ (Süderbrarup), die Tierschützerin und ehemalige Lehrerin Karola Baumann, der Jurist A. W. Sauer, Gründer der „Deutschen Schule“, der Militärwissenschaftler Marcus Trümpert und die Geschichtsrevisionistin Ursula Haverbeck. *hma* ■

„ef“-Tagung „nahe Düsseldorf“

Düsseldorf. Die rechtsliberale Zeitschrift „eigentümlich frei“ führt am 25. April ihre „Frühjahrs-Tagung“ im Düsseldorfer Umland durch. Unter dem Motto „Vermögen schaffen. Und vor den Kleptokraten sichern“ werden als Referenten u.a. Thorsten Polleit, Chefökonom der „Degussa Goldhandel“ und Präsident des „Ludwig von Mises Institut“, und Susanne Kablitz, ehemals Vorsitzende der „Partei der Vernunft“ und neuerdings Chefredakteurin des Onlinemagazins „Freiraum“, angekündigt. Auftreten soll dort auch der von der rassistischen Internetseite „PI-News“ gefeierte Kabarettist Alfons Proebstl, im vergangenen Jahr Interviewpartner der „Jungen Freiheit“. *hma* ■

„Mit uns keinen Schlussstrich“:

Neuer sächsischer NSU-Ausschuss kommt

Die Fraktionen DIE LINKE und Grüne haben im Sächsischen Landtag einen neuen Untersuchungsausschuss zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) beantragt. Die nötige Vorarbeit ist bereits erledigt. Am 24.3. wurde der zehnseitige Einsetzungsbeschluss abgegeben, Behandlung und Abstimmung im Landtagsplenum sollen in Kürze folgen. Im Mittelpunkt des Papiers stehen Fragen nach Fehlern sächsischer Behörden bei der Suche nach dem im Januar 1998 untergetauchten „Trio“ Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe. Festgestellt werden soll, ob eine Mitverantwortung am Entstehen der rechtsterroristischen Gruppe vorliegt, die bis November 2011 unentdeckt geblieben war und sich bis dahin vermutlich die längste Zeit in Chemnitz und Zwickau versteckt gehalten hatte.



Neuer Ausschuss soll Antworten einfordern

„Eigentlich muss man die Frage anders stellen“, sagte die LINKEN-Abgeordnete Kerstin Köditz bei einer Pressekonferenz am 25.3. in Dresden. „Ich frage mich, warum sächsische Behörden wichtige Schritte unterlassen haben, um die Untergetauchten zu finden.“ Köditz war Obfrau ihrer Fraktion im ersten sächsischen Untersuchungsausschuss, der von März 2012 bis Juni 2014 zum NSU-Komplex ermittelte. Seitdem hält sie die „Behauptung für widerlegt, dass sächsische Behörden nichts wussten“.

Vielmehr hätten noch im Jahr 1998 präzise Informationen vorgelegen, die auf einen Aufenthalt in Chemnitz hindeuteten. Der Ursprung dieser Hinweise sei aber unklar und auch, warum man sie nicht weiter verfolgt hat. „Antworten auf all das werden wir jetzt einfordern“, so Köditz. „Mit uns wird es keinen Schlussstrich unter die Aufklärung geben.“

Das ist auch die Überzeugung von Valentin Lippmann, innenpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion und Landtagsneuling. Die Ergebnisse des früheren Ausschusses nennt er „Aufgabe und Verpflichtung“. Geklärt werden müsse vor allem, „wie es dem NSU gelungen ist, gerade Sachsen zu einem sicheren Rückzugs- und Ruheraum zu machen.“ Um dem nachzugehen, wird der neue Ausschuss einen größeren Zeitraum überblicken als der alte: In den Blick kommen neonazistische Strukturen seit dem Jahr 1990 zum einen und Reaktionen hiesiger Behörden zum anderen, und zwar auch nach dem Auffliegen des NSU. Infrage steht etwa, ob bei den anschließenden Ermittlungen alles glatt lief. „Wir wissen zum Beispiel nicht, wie es noch am 4. November 2011 so schnell gelang, Beate Zschäpes Handynummer zu ermitteln“, fügte Köditz an. „Und auch nicht, wer und warum sie danach siebzehn Mal angeklingelt hat.“

Hoffen auf Zusammenarbeit

Eine Verschwörung sehen die beiden Abgeordneten aber nicht am Werk. Unisono



„Schulverein“ tagte

ZEULENRODA/THÜRINGEN. Am ersten Märzwochenende fand in Zeulenroda die diesjährige Jahrestagung des „Schulvereins zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“ statt. An der Tagung sollen, so die extrem rechte Zeitschrift „ZUERST!“ (4/2015), 450 Personen teilgenommen haben. Als Referenten traten Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof, Dr. Menno Aden, Oberst a.D. Klaus Hammel, der Historiker Jan von Flocken und die FPÖ-Nationalratsabgeordnete Barbara Rosenkranz auf. Der neurechte russische Ideologe Alexander Dugin war „per Skype auf Großleinwand“ zugeschaltet, Grußbotschaften kamen laut „ZUERST!“ u.a. von Ferdinand Fürst von Bismarck, vom ehemaligen Bundesminister Michael Glos (CSU) und vom FPÖ-Chef Strache. *hma* ■

Fortsetzung von Seite 1

erklärten sie, es gehe um eine möglichst präzise Rekonstruktion des Geschehens, „um für Klarheit zu sorgen“, eine im NSU-Komplex eher flüchtige Größe. Auch die oft vernachlässigte Opferperspektive solle stärker zur Geltung kommen. Ob die Ausschussarbeit dafür hinreichend produktiv sein wird, ist jedoch offen. Denn mittlerweile ist die demokratische Opposition geschrumpft und die SPD zum Juniorpartner der unionsgeführten Landesregierung aufgestiegen. Von dort hieß es erst vor Kurzem, dass kein Aufklärungsbedarf mehr bestünde. Doch noch in der vergangenen Wahlperiode hatten die SozialdemokratInnen den ersten NSU-Ausschuss mitgetragen und sich zum Schluss auch dazu bekannt, bald einen neuen einzusetzen. Köditz und Lippmann gehen daher auch von Unterstützungsbereitschaft aus. Für die anstehende Einsetzung des Ausschusses sind die Stimmen der links-grünen Opposition erst einmal ausreichend.

„Nach anfänglichen Problemen gab es im alten Ausschuss sowieso eine ganz gute Zusammenarbeit“, erklärte Köditz auf Nachfrage. Für eine strukturierte Beweisaufnahme ist das nur förderlich. Weil an die gerade noch nicht zu denken ist, halten sich beide PolitikerInnen aber mit Wünschen zurück, welche ZeugInnen sie heranholen wollen. Als wahrscheinlich gilt in Dresden beispielsweise die erneute Einvernahme von BeamtInnen des LKA Berlin, die Anfang der 2000er Jahre sächsische Neonazis, teils auch solche aus dem NSU-Umfeld, als „Vertrauenspersonen“ angeworben hatten und deren widersprüchliche Angaben vor dem Ausschuss selbst konservative Abgeordnete in Rage versetzten. „Dass dort von Strafanzeigen wegen Falschaussage abgesehen wurde, hat damit zu tun, dass wir diesen Beamten weitere Fragen stellen wollen“, so Köditz.

Erste Befragungen „hoffentlich vor der Sommerpause“

Auch V-Mann-Führer des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) könnten Interessantes beitragen, setzte sie nach. Dass der frühere brandenburgische V-Mann-Führer Gordian Meyer-Plath gehört werden wird, der heute Präsident des LfV ist, gilt als ausgemacht. Meyer-Plath hatte die Quelle „Piatto” (Carsten Szczepanski) geführt, die im Sommer 1998 dem Trio ganz nahe kam und über die geplante Beschaffung von Waffen berichten konnte. Der eigentliche Auftrag der Quelle ist bislang ungeklärt.

Doch zunächst sind formale Fragen zu klären. Noch nicht einmal klar ist, welche voraussichtlich 14 Abgeordneten dem neuen Ausschuss angehören werden. Köditz und Lippmann sind freilich gesetzt, der Vorsitz wird unabwendbar der CDU zufallen. Sollten alle Personalfragen einvernehmlich gelöst werden, könnte sich der Ausschuss im Mai konstituieren. Die ersten ZeugInnen würden dann „hoffentlich noch vor der Sommerpause“ befragt werden, so Köditz. Sie und Lippmann wünschen sich dafür viel Publikum. Sitzungen, in denen ZeugInnen befragt werden, sollen so weit wie möglich öffentlich bleiben.

Sorge um Verbleib wichtiger Akten

Wie unterdessen von Verwaltungsseite bekannt wurde, hat das neue Gremium ein erstes Problem, bevor es überhaupt gestartet ist: Ungewiss ist nämlich, ob auf alle Akten zugegriffen werden kann, die bislang zur Verfügung standen. Als letzten Akt hatte der frühere Ausschuss beschlossen, beigezogene Dokumente eine Weile aufzubewahren, um die künftige Aufklärung zu erleichtern. Die festgelegte Frist verstreicht aber Ende dieses Monats, das weitere Vorgehen ist unklar. Über naheliegende Sorgen ist das Innenministerium informiert, hat sich dem Vernehmen nach aber noch nicht geäußert.

Weitgehend unbemerkt ist bereits Ende des vergangenen Jahres das sogenannte „Löschmoratorium“ ausgelaufen. Der Erlass des Innenministeriums besagte, dass Altakten von Polizei und LfV, die den Bereich „Rechtsextremismus“ berühren, von der regulären Vernichtung auszunehmen sind. Wie groß der betroffene Gesamtbestand ist, kann bisher niemand sagen – und auch nicht, ob sich darunter weitere NSU-relevante Unterlagen befinden. Das Moratorium war Mitte 2012 verfügt worden, nachdem auch in Sachsen Unregelmäßigkeiten im Umgang mit Geheimdienstakten aufgefallen waren: Das LfV hat seine Löschpraxis auch noch fortgesetzt, nachdem der erste sächsische Untersuchungsausschuss seine Arbeit bereits aufgenommen hatte.

inventati.org/leipzig
25.3.15 ■

Jubelkundgebung für die lettische SS und phantasievolle Gegenaktion

RIGA. Montag den 16. März fand in Riga die übliche und üble Jubelkundgebung für die – freiwilligen! – lettischen SS-Verbände statt. Deren Verbände hatten im 2. Weltkrieg fürchterliche Verbrechen begangen und waren aktiv mitbeteiligt an den Morden von über 60 000 lettischen Juden und Jüdinnen.



Putzaktion gegen „braunen Dreck“ in Riga, Foto: Dmitry Zhilin

Der von der offiziellen lettischen Politik orchestrierte Jubelmarsch von rund 2500 Personen (darunter u.a. etliche faschistische Glatzköpfe und SS-Veteranen aus Estland) nahm bei der Johanniskirche seinen Ausgang und führte bis zum Freiheitsdenkmal.

Kaum war die SS-Huldigungsveranstaltung vorbei, setzte eine phantasievolle Gegenaktion des „Lettischen Antifaschistischen Komitees“ ein: mit Wasser, Besen und Spritzgeräten wurde der Platz vor dem Freiheitsdenkmal von dem „braunen Dreck“ gereinigt. Am Ende der Aktion stellten wir uns mit großflächigen Photos, die die Verbrechen der Nazis und ihrer Schergen dokumentieren, vor das Freiheitsdenkmal und legten einen Kranz nieder, der an die Opfer der Nazis erinnert. Die Aktion fand enormes Medien-Interesse – gut 50 (auch internationale) JournalistInnen machten Photos, Filme und Interviews.

Hermann Dworczak ■

Dieser Artikel erschien am 1. März 2015 zeitgleich auf nrw.nsu-watch.info und lotta-magazin.de. Alexander Brekemann ist Redakteur der „LOTTA – antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen“, Maria Breczinski ist Sprecherin von „NSU-watch NRW“. In den AN 6-2015 erschien der 1. Teil des Artikels.

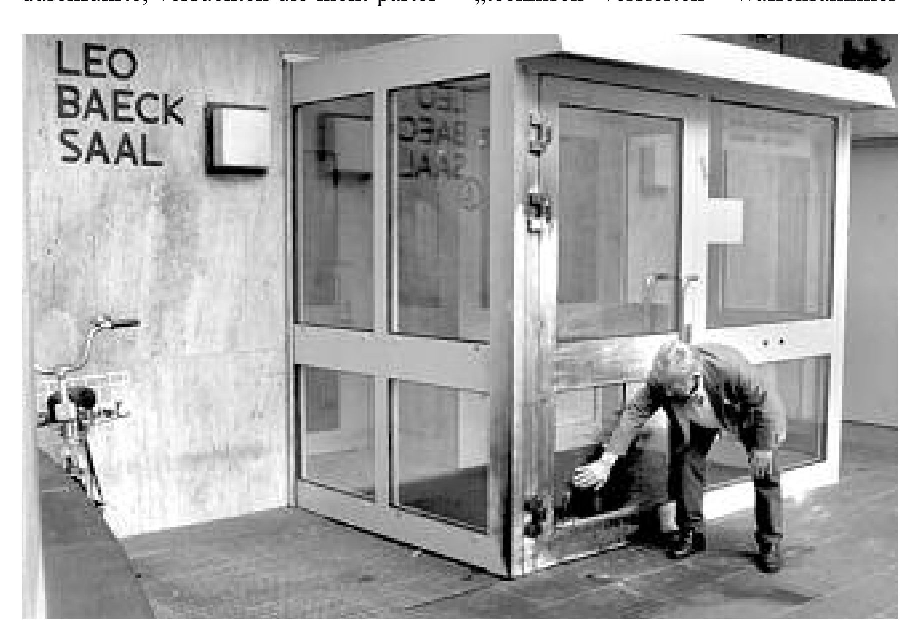
Täter_innensuche Teil 2

Fast ein Jahr nach dem Wehrhahn-Anschlag fasste der „Spiegel“ am 23. Juli 2001 den Stand der Dinge zusammen. Es sei zwar zwischenzeitlich „endlich energisch gegen Rechtsextreme“ vorgegangen worden, aber es gäbe immer noch „keinen Täter. Nur eine Ahnung: Kommt die Bombe aus dem Osten?“ „Über 1400 Personen“ seien vernommen und „340 Beweisstücke eingesammelt“ worden. Bei „neun Verdächtigen“ habe es Hausdurchsuchungen gegeben, Telefone seien „angezapft“ und es sei „tagelang, nächtelang observiert“ worden. „Und als Ergebnis nur eine Ahnung“.

Immer wieder hatte die bis 2009 existierende „EK Acker“ unter der Leitung von Dietmar Wixfort im Laufe der Jahre betont, sie ermittele in alle Richtungen. Und das hat sie auch getan. Ziemlich schnell gab es Hinweise auf einige der Neonazi-Szene nahestehende oder ihr angehörende Personen. Beispielsweise auf den Waffennarr Ralph S., Inhaber eines Militaria- und „Sicherheitsausstattung“-Ladens unweit des Tatortes, der gute Kontakte in die neonazistische Szene pflegte und über den die linke Düsseldorfer „Stattzeitung TERZ“ bereits 1999 in ihrer September-Ausgabe unter dem Titel „Düsseldorfer Neonazis bewaffnen sich?“ berichtet hatte.

Oder auf den auch heute noch aktiven und seit vielen Jahren in Süddeutschland lebenden Norman B., der um 1997 von Geldern nach Velbert gezogen war und dann von 1999 bis Frühjahr 2000 in Düsseldorf wohnte, bis es ihn nach Freilassing (Bayern) zog. B. soll sich einem „Kameraden“ gegenüber dahingehend geäußert haben, dass man im (multikulturell geprägten) Stadtteil Flingern „mal was hochgehen lassen“ müsse, „z.B. den Bahnhof am ASG“. Gemeint ist die Bildungseinrichtung ASG, in deren Gebäude auch der Sprachkurs stattfand, an dem die Anschlagsopfer teilnahmen. Doch weder gegen S., noch gegen B. konnte der Verdacht erhärtet oder ihnen eine Tatbeteiligung nachgewiesen werden, die Verfahren wurden letztendlich eingestellt. B. konnte offenbar ein Alibi vorweisen, bei S. sei – so die Ermittler – der Tatverdacht „zwar nicht ausgeräumt“, aber es hätten sich auch „keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß der Beschuldigte […] über Täterwissen verfügt oder überhaupt in der Lage ist, spezielle Gegenstände aus dem Waffen- und Sprengstoffbereich herzustellen oder zu besorgen“.

Auch alle anderen Recherchen und Ermittlungen in der rechten Szene hätten keine „Hinweise auf eine Täterschaft Rechtsgerichteter“ ergeben. Immerhin hatte die „EK Acker“ zu Beginn ihrer Arbeit in der regionalen Neonazi-Szene eine Menge Staub aufgewirbelt, die neonazistische Szene stand massiv unter Druck und Beobachtung, versuchte aber dennoch, ihre Handlungsfähigkeit zu bewahren bzw. wieder zu erlangen. Während die NPD aufgrund der einsetzenden Verbotsdebatte bundesweit auf Tauchstation ging und monatelang keine Aufmärsche mehr durchführte, versuchten die nicht parteiförmig organisierten „Freien Kameradschaften“ die entstandene Aktionslücke zu füllen. Zum einen präsentierten sie sich in Abgrenzung zur NPD als die konsequentere „nationale Kraft“, zum anderen als unschuldige Opfer einer massiven „Hetze“ und Repression. Eine erste – für den 12. August 2000 – vom Düsseldorfer „Kameradschaftsführer“ Sven Skoda angemeldete Demonstration unter dem Motto „Wir lassen uns nicht kriminalisieren. Gegen Medienhetze und roten Terror“ wurde jedoch verboten. Erst am 28. Oktober 2000 gelang es den „Freien Kameradschaften“ in Düsseldorf, einen 300-köpfigen Aufmarsch unter dem Motto „Meinungsfreiheit für Nationalisten. Argumente statt Verbote“ durchzusetzen, wenn auch aufgrund massiver Gegenproteste mit großen Problemen. Eine Woche zuvor waren zirka 500 Neonazis unter dem Motto „Gegen die verleumderische Berichterstattung und Hysterie der Medien gegen rechts“ in Dortmund aufmarschiert. Bezüge auf den Wehrhahn-Anschlag waren noch Jahre später in der regionalen Neonazi-Szene zu finden. Am 3. Juni 2006 wollte im Vorfeld der Fußball-WM der Männer ein von Sven Skoda organisierter zirka 270-köpfiger Neonazi-Aufmarsch für eine „Bombenstimmung in Düsseldorf“ sorgen.



Spuren des Anschlags auf die Synagoge in Düsseldorf im Jahr 2000

Ebenso unergiebig wie die Ermittlungen in Richtung extreme Rechte erwies sich für die „EK Acker“ ein Hinweis auf den bis kurz vor dem Anschlag wegen sexuellen Missbrauchs in Haft sitzenden „technisch versierten“ Waffensammler und Rundfunk- und Fernsehtechniker Horst E., der gegenüber Mithäftlingen angekündigt hatte, dass nach seiner Entlassung „ein paar Bomben fliegen“ würden, proben wolle er „an einem Tunnel oder an einer Brücke“. E. wurde vorübergehend festgenommen, bei einer Hausdurchsuchung wurden laut LKA „eine nicht unerhebliche Menge Elektroteile sowie Munition und eine größere Menge Bargeld sichergestellt“. Letztendlich wurde aber auch das Verfahren gegen ihn aufgrund fehlender „zureichender Anhaltspunkte“ für eine Tatbeteiligung eingestellt.

Fünf weitere „Richtungen“, in die ermittelt wurde, seien im Folgenden nur kurz erwähnt: Hierzu zählt eine nicht verifizierbare Täter_innenschaft „islamistischer Terroristen“, für die es offenbar auch zu keinem Zeitpunkt einen konkreten Hinweis gab. Weiterhin die bereits beschriebene spekulierte „Beziehungs- bzw. Eifersuchtstat“ sowie ein nicht we- →

niger spekulierter Streit unter („kriminellen“) „Ausländern“ – beides erwartungsgemäß ohne Ergebnis. Hinzu kommen ein völlig abstruses Selbstbezichtigungsschreiben selbsternannter, aber nicht existierender „Grüner Zellen“ und ein aus Hells-Angels-Strukturen vorangekündigter Hinweis, den es dann aber nie gegeben hat.

Offenbar besonders interessiert hat die Ermittlungsbehörden das Thema „Osteuropäische organisierte Kriminalität“, zuweilen auch mal als „Russenmafia“ bezeichnet. Auf Grundlage einer Zeugenaussage eines inhaftierten „Aussteigers“ aus eben diesem Milieu sei die „EK Acker“ auf fünf namentlich genannte Mitglieder einer „vornehmlich aus polnischen“, aber auch ukrainischen Staatsangehörigen bestehenden Gruppierung aufmerksam geworden, die nach Angaben des „Aussteigers“ den Sprengstoffanschlag durchgeführt hätten. Vier der fünf Personen konnten identifiziert werden und saßen gerade wegen eines laufenden Strafverfahrens wegen Schutzgelderpressung und Entführung in Haft, zum Zeitpunkt des Wehrhahn-Anschlags waren sie aber noch auf freiem Fuß. Ziel des mit Todesfolge geplanten Anschlags – so der „Aussteiger“, der sich durch seine Aussagen Vorteile im eigenen Strafverfahren versprach – seien nicht die tatsächlichen Opfer gewesen, sondern dieser sollte „als Machtbeweis“ abschreckend auf „Aussteiger aus der kriminellen Organisation“ wirken. Von den Ermittlungsbehörden konnte aber nicht festgestellt werden, ob sich die angeblichen Täter tatsächlich am 27. Juli 2000 in Düsseldorf aufgehalten hatten, also möglicherweise beteiligt gewesen sein könnten. Auch weitere – teilweise von einzelnen Medien – herangetragene OK-Theorien, also Ermittlungshypothesen zum Tatmotiv mit dem Hintergrund „Organisierte Kriminalität“, geisterten durch die „EK Acker“. Einzelne aus der Opfergruppe könnten sich ihren Status als „Kontingentflüchtling“ unberechtigt bei „Kriminellen“ erkauft und dann ihre Schulden nicht beglichen haben. Oder jemand aus der Opfergruppe hätte sonstwie Schulden bei „Kriminellen“. Herausgekommen ist bei den Ermittlungen in diese Richtung jedoch nichts Konkretes und Handfestes.

In einer im Juli 2001, also ein Jahr nach dem Anschlag, formulierten „Sachstandseinschätzung“ der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft heißt es, dass „seitens der Polizei keine der drei Haupttheorien (1. rechte Gewalt, 2. verrückter Alleintäter, 3. osteuropäische OK) für ausgeschlossen gehalten“ werde, „Ermittlungsansätze“ würden „zu allen drei Theorien mit gleicher Intensität geprüft“. Allerdings herrsche „intern die Auffassung vor, wonach eine Begehung der Tat durch Neonazis als eher unwahrscheinlich anzusehen ist. Grundlage dieser Einschätzung ist es, dass zahllose Vernehmungen von Aussteigern aus der rechten Szene und eine Vielzahl bundesweit geführter TÜ-Maßnahmen [Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung, Anm. d. A.] ohne Hinweise auf eine Täterschaft Rechtsgesinnter geblieben“ seien.

Und letztendlich tauchte dann früher oder später auch die bereits kurz nach dem Anschlag formulierte These wieder auf, dass mit einem neonazistischen Anschlag zwangsläufig ein Bekennerschreiben verbunden sein müsse. Staatsanwalt Ralf Herrenbrück habe noch einmal betont, so die „Rheinische Post“ (RP) am 27. Juli 2009 anlässlich der Abgabe des Falls als „ungelöst“ durch Chefermittler Dietmar Wixfort, dass „ein politisch motivierter Anschlag inzwischen fast völlig“ auszuschließen sei, da „es nie ein Bekennerschreiben gegeben“ habe. Folgt man dieser Logik, blieben also nur noch die Theorien „verrückter Alleintäter“ und „osteuropäische OK“ übrig, wobei behördlicherseits mehrfach angedeutet wurde, dass man auch nicht so recht an einen „Alleintäter“ glaube. Es bleibt also die „Russenmafia“. „Unglaublich, was wir alles getan haben“, so Herrenbrück laut RP rückblickend. Man habe sogar Phantombilder zweier „möglicher Zeugen“ in Moskau in der U-Bahn aufgehängt. In der Moskauer U-Bahn steckbriefartige Phantombilder von bislang nicht identifizierten Zeugen des Wehrhahn-Anschlags? Man ahnt, dass es sich bei den „möglichen Zeugen“ eher – natürlich inoffiziell – um als tatverdächtig angesehene Personen gehandelt haben könnte.

Einschätzung und Ausblick

Bis heute ist nicht viel über Details der Ermittlungen in Sachen Wehrhahn-Anschlag bekannt. Das trifft auch auf die Ermittlungstätigkeit mit Blick auf eine mögliche extrem rechte Täter_innenschaft zu. Zwei – nach Hinweisen von außen – temporär Verdächtige, einige Hausdurchsuchungen, nicht näher qualifizierte und quantifizierte Telefonüberwachungen und Gespräche mit „Aussteigern“: Mehr ist nicht bekannt. Unklar bleibt, auf welche Expertisen zurückgegriffen, in welchen extrem rechten bzw. neonazistischen Milieus recherchiert wurde und was die Verfassungsschutzämter zu einer möglichen Aufklärung beigetragen haben. Wurde die Existenz bzw. Tatbeteiligung rechtsterroristischer Strukturen überhaupt in Erwägung gezogen? Selbst wenn bislang keine Hinweise auf eine NSU-Tatbeteiligung bekannt wurden, so heißt das noch lange nicht, dass keine Neonazis hinter diesem Anschlag steckten. Diverse eindeutig rechtsterroristische Anschläge, beispielsweise im September und Dezember 1998 in Berlin auf das Grab von Heinz Galinski, dem ehemaligen Präsidenten des „Zentralrats der Juden in Deutschland“, und im März 1999 auf die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht in Saarbrücken, gehen ziemlich sicher nicht auf das Konto des NSU. Spielten beispielsweise diese Anschläge bei den Ermittlungen der „EK Acker“ eine Rolle?

Auch wenn es nach bisherigem Wissenstand eher unwahrscheinlich ist, dass der NSU im Jahr 2000 bereits in der Lage war, einen wie beim Wehrhahn-Anschlag eingesetzten Sprengsatz zu bauen oder zu besorgen und der Anschlag nach der Selbstenttarnung des NSU in dessen Video nicht auftaucht, kann bislang auch eine NSU-Täter_innenschaft nicht ausgeschlossen werden. Der Nürnberger Taschenlampenbomben-Anschlag des NSU vom 23. Juni 1999 wurde in dem Video auch nicht thematisiert, die früheste Tat, zu der sich der NSU im November 2011 bekannte, ist der Mord an Enver Şimşek am 9. September 2000 in Nürnberg, sechs Wochen nach dem Wehrhahn-Anschlag. Und die „Jüdische Allgemeine“ wies am 17. November 2011 zurecht darauf hin, dass „Trinitrotoluol (TNT) […] aus einem ehemaligen Ostblockstaat […] bis Mitte der 90er-Jahre in den ‚neuen Bundesländern‘ noch relativ problemlos auf dem Schwarzmarkt zu bekommen“ gewesen sei, „auch für Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe: Als sie 1998 abtauchten, fanden die Fahnder in einer von Zschäpe angemieteten Garage in Jena neben Nazi-Propagandamaterial und vier funktionsfähigen Rohrbomben auch 1.392 Gramm TNT.“ Dieses TNT soll 1991 aus einem Lager der „Nationalen Volksarmee“ gestohlen worden sein, insgesamt wurden 38 Kilogramm entwendet. Könnte das am Wehrhahn eingesetzte TNT aus diesem NVA-Bestand stammen? Was hat ein Abgleich des in Jena beschlagnahmten, zwischenzeitlich aber bereits vernichteten TNT mit dem beim Wehrhahn-Anschlag benutzten ergeben? Hat ein solcher Abgleich überhaupt stattgefunden?

Wichtige Fragen, die von Mitgliedern des PUA demnächst polizeilichen Ermittler_innen, Staatsanwält_innen, Verfassungsschützer_innen und anderen zu stellen wären, gibt es also reichlich. Eventuell lässt sich damit ja tatsächlich etwas mehr Licht in den Komplex Wehrhahn-Anschlag bzw. in den Umgang mit diesem bringen.

Zum Artikel und zu den Autor_innen

Dieser Artikel erschien am 1. März 2015 zeitgleich auf nrw.nsu-watch.info und www.lotta-magazin.de.

Alexander Brekemann ist Redakteur der „LOTTA – antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen“, Maria Breczinski ist Sprecherin von „NSU-watch NRW“.



Rettet die Gedenkstätte von Sant' Anna di Stazzema

Im März 2015 verwüstete ein Orkan Teile von Sant'Anna di Stazzema und die dortigen Gedenkstätten. Die Stuttgarter AnStifter-Initiative Sant'Anna hat dazu einen Spendenaufruf gestartet.

„Liebe Freundinnen und Freunde von Sant'Anna! Sant'Anna di Stazzema hat durch den Orkan vom 5. März schwere Schäden davongetragen. Für die Gedenkstätte (Friedenspark, Museum u.a.) werden sie auf ca. 500 000 Euro geschätzt.

Wir appellieren zuallererst an die politischen Institutionen, ihre Verantwortung wahrzunehmen und der Gemeinde Stazzema Sondermittel zum Wiederaufbau der Gedenkstätte zur Verfügung zu stellen. Entsprechende Appelle haben wir an Bundespräsident Gauck und an die Bundesregierung vertreten durch Außenminister Steinmeier gerichtet. Beide haben im letzten Jahr Stätten der Erinnerung an von Deutschen begangene Verbrechen in der Region besucht, der Bundespräsident im März Sant'Anna, der Außenminister im Juni Civitella.

Auch die Associazione Martiri di Sant'Anna, der Opferverband von Sant'Anna, dem Enrico Pieri als Präsident vorsteht, benötigt für ihren Anteil am Wiederaufbau dringend Mittel. Wir rufen dazu auf, für den Wiederaufbau der Gedenkstätte und für die Fortsetzung der wichtigen Erinnerungsarbeit zu spenden. Jeder auch noch so kleine Beitrag ist willkommen. Am 25. April 2015 soll voraussichtlich die verschobene Wiedereinweihung der mit unserer Unterstützung restaurierten Cappellina auf der Piazza Anna Pardini stattfinden. Wir werden mit einer Delegation vertreten sein und würden gerne den bis dahin eingegangenen Spendenbetrag direkt übergeben.

Also: Bitte spenden Sie – und das möglichst zeitnah!" Das Spendenkonto:
Kontoinhaber: Die AnStifter
IBAN: DE31 4306 0967 7000 5827 01
BIC: GENODEM1GLS
Bank: GLS-Bank
Verwendungszweck: Sant Anna

Weitere Infos zur Zahlweise und zu Spendenbescheinigungen auf der Website der AnStifter http://www.die-anstifter.de/spenden/wiederaufbau-santanna/

Die Stuttgarter „AnStifter-Initiative Sant'Anna" hat sich im Oktober 2012 konstituiert, nachdem die Staatsanwaltschaft Stuttgart Ende September das Ermittlungsverfahren gegen die mutmaßlichen Täter von Sant'Anna di Stazzema eingestellt hatte. Sie drückte die Empörung vieler Bürgerinnen und Bürger darüber aus, dass die Ermittlungen über ein Jahrzehnt hin verschleppt worden waren, und dass die Begründung der Staatsanwaltschaft eine Fülle von Fehlern und anmaßenden Einschätzungen enthielt. Und sie bekundete den Überlebenden und Opferangehörigen ihre Unterstützung durch eine Solidaritätserklärung, durch Geldspenden, Mahnwachen und Besuche. Dadurch haben sich im Lauf der Jahre intensive freundschaftliche Beziehungen entwickelt.

Insbesondere haben wir den Nebenkläger Enrico Pieri, den Präsidenten des Opferverbands Sant'Anna, sowohl vor Ort in Stuttgart als auch auf dem mühsamen juristischen Weg durch die Instanzen gegen die Verfahrenseinstellung begleitet. Immerhin konnte ein Teilerfolg im Klageerzwingungsverfahren gegen die Stuttgarter Staatsanwaltschaft erzielt werden: Das Oberlandesgericht Karlsruhe hob im August 2014 die Einstellungsverfügung der Stuttgarter Staatsanwaltschaft und die Bestätigung durch den Generalstaatsanwalt in Bezug auf einen Beschuldigten auf. Das Gericht zerpflückte die Argumentation der Stuttgarter Justizbehörden förmlich in nahezu allen Punkten, für diese eine „Ohrfeige", eine „Blamage" – so die Urteile in den Medien.

Inzwischen ist die Staatsanwaltschaft Hamburg zuständig. Wir warten ungeduldig auf die Anklageerhebung gegen den letzten Beschuldigten Gerhard Sommer.

Die Überlebenden Enrico Pieri und Enio Mancini erhielten 2013 den Stuttgarter Friedenspreis der AnStifter.

Jürgen Weber ■

Mehr darüber unter https://stazzemafahrt.wordpress.com/
Informationen zum Dokumentarfilmprojekt „Das zweite Trauma – das ungesühnte Massaker von Sant` Anna di Stazzema": www.juergen-weber.eu/ pages/posts/dokumentarfilm-zur-juristischen-aufarbeitung-des-massaker-von-santanna-di-stazemma-288.php?p=48

Dresden: Haben Polizisten Pegida unterstützt?

Polizisten, die bei den Dresdener „Pegida" Demonstrationen im Einsatz waren, sollen die ausländerfeindliche Bewegung unterstützt und Sympathien bekundet haben. Die Polizeidirektion Dresden ermittelt. Grüne befürchten enormen Vertrauensverlust.

Mögliche Sympathie-Bekundungen sächsischer Polizisten für „Pegida" sorgen in Dresden für Aufregung. Sollten entsprechende Berichte der Dresdner Neuesten Nachrichten vom Dienstag stimmen, würde dies „zu einem enormen Vertrauensverlust in die Polizei führen", sagte der sächsische Grünen-Vorsitzende Jürgen Kasek.

Demnach sollen sich auch Polizisten an einer von Lutz Bachmann initiierten „Zählaktion" beteiligt haben. Der „Pegida"-Chef wollte damit den offiziellen Teilnehmerzahlen begegnen, die er für zu niedrig hält.

Bei der Aktion sollten Demonstrationsteilnehmer eine Münze oder anderen Gegenstand in bereitgestellte Tonnen werfen.

In dem Zeitungsartikel heißt es, die „Zählaktion" habe nicht wie gewünscht funktioniert. Schon vor dem Start des „Pegida"-Aufmarsches hätten Einzelpersonen mehrere Münzen in die Tonnen geworfen, auch danach sei unklar gewesen, ob wirklich jeder Teilnehmer nur eine Münze abgegeben habe. Selbst Polizisten im Einsatz bekundeten dem Bericht zufolge auf diese Weise „Pegida"-Sympathien.

Vorgang wird untersucht

Eine Sprecherin der Polizeidirektion Dresden sagte dem Evangelischen Pressedienst am Dienstag, der Vorgang werde untersucht. Insgesamt hätten 632 Polizisten die Versammlung abgesichert. Was letztlich bei der „Zählaktion" der fremdenfeindlichen „Pegida"-Bewegung herausgekommen ist, war am Dienstagmittag noch nicht klar. Auf der Facebook-Seite der Islamkritiker wurden zunächst nur zwei Fotos von Gegenständen, darunter neben Münzen auch Kronkorken, Feuerzeuge und Bonbons gezeigt, die für die Zählung der Teilnehmer in Tonnen geworfen wurden. Nach Polizeiangaben waren 7.700 „Pegida"-Anhänger zu der Demonstration gekommen. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 19.3.2015 ■

Rück- und Austritte bei AfD und JA

Beatrix Diefenbach ist aus dem Bundesvorstand der AfD zurückgetreten und hat die Partei verlassen. Ihr gleich tat es Herbert Frohnhofen, Mitglied im hessischen Landesvorstand. Beide geben an, die innerparteilichen Querelen und den schäbigen Umgang miteinander nicht mehr aushalten zu können. Insbesondere die Einrichtung einer Partei-Stiftung (Desiderius Erasmus von Rotterdam-Stiftung) durch den Bundesvorstand habe „das Fass zum Überlaufen“ gebracht. Laut Parteitagsbeschluss hätte diese nur durch einen weiteren Parteitag beschlossen werden können. Beide gehören keinem der sich befehdenden Flügel an, sondern zählen zur wahrscheinlich großen Gruppe von Mitgliedern, die sich irgendwo dazwischen verorten und den politischen Antagonismus zwischen diesen Richtungen überhaupt nicht verstehen.

Ein gänzlich anderer Grund bewegte zwei Mitglieder der „Jungen Alternative“ zum Verzicht auf ihre Vorstandsposten: Nachdem sich u.a. Hagen Weiß und Sebastian Brinkmann heimlich mit Bernd Lucke und Bernd Kölmel getroffen hatten, um von ihnen die Anforderungen entgegenzunehmen, die diese an eine AFD-Jugendorganisation stellen, und dadurch den rechten Flügel, der in der JA besonders stark ist, in Rage gebracht hatten, erhielten sie Drohungen aus den eigenen Reihen. Drohungen, die so massiv waren, dass beide den Rückzug antraten.

F ■

V-Leute bleiben tickende Zeitbomben

Berlin. „Es kommt so, wie wir es immer befürchtet haben: Mögliche V-Leute des Verfassungsschutzes entpuppen sich im laufenden NPD-Verbotsverfahren als tickende Zeitbomben“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke. Die Abgeordnete weiter:

„Die Zweifel der Karlsruher Richter sind nachvollziehbar. Schließlich scheiterte schon das erste NPD-Verbotsverfahren im Jahr 2003 wegen der Durchsetzung der neofaschistischen Partei mit Geheimdienstspitzeln an ‚fehlender Staatsferne‘. Die Innenminister müssen nun alle Informationen über frühere und möglicherweise neue V-Leute im NPD-Umfeld rücksichtslos offen legen. Es geht nicht an, dass das laufende Verbotsverfahren gegen diese offen menschenverachtend auftretende Nazipartei mit der Ausrede ‚Quellenschutz‘ gefährdet wird.

Martina Renner, Mitglied im Innenausschuss des Bundestages und ehemalige Obfrau der Linksfraktion im NSU-Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags, ergänzt: „Die Lehre aus dem NSU-Komplex ist, dass neonazistische V-Leute die Strukturen mit aufgebaut haben, die die Mord- und Anschlagsserie des NSU ermöglicht haben. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts im NPD-Verbotsverfahren ist eine Bestätigung dafür, dass die Thüringer Landesregierung mit dem Verzicht auf neonazistische V-Leute die richtigen Konsequenzen gezogen hat.“

Ulla Jelpke, MdB ■

„Die Waffen nieder“ –

Diskussion über den Ukrainekonflikt auf dem Weltsozialforum in Tunis

Ein ganz besonderer Workshop wurde in Tunis vom österreichischen Sozialforum und der Gruppe „Prague Spring II – Network against the far right“ veranstaltet. Es kamen Vertreter der Zivilgesellschaft aus dem Donbass und der Westukraine zusammen, um einen Dialog über Frieden und soziale Gerechtigkeit zu führen. Moderator Leo Gabriel vom ÖSF hob den „historischen Moment“ hervor, denn zum ersten Mal überhaupt seit Beginn des Krieges in der Ukraine kamen linke Aktivisten von beiden Seiten zusammen an einen Tisch. Bisherige Versuche waren an Visabestimmungen gescheitert. So musste man also nach Tunis reisen, um sich überhaupt Auge in Auge treffen zu können.

Die Dialogpartner konnten sich überraschend schnell und umfassend auf gemeinsame Positionen einigen, die bereits im Vorfeld des Workshops in einem Joint Statement festgehalten wurden. Einig ist man sich darin, dass der Krieg den Menschen in der Ukraine von außen aufgezwungen wurde – von eben jenen Oligarchen, gegen die sich die Maidanbewegung richtete. Diese ziehen auch heute noch die Strippen, im Osten wie im Westen des Landes. Der Einfluss des Auslandes tut ein Übriges. So heißt es im Joint Statement: „Wir stehen gegen unseren Willen auf verschiedenen Seiten der Front.“ Es wird ein wirksamer Waffenstillstand gefordert und das „Aufblasen von Hass und Kriegshysterie auf beiden Seiten“ verurteilt. Den Opfern der Krieges müsse schnell geholfen und der Wiederaufbau des Donbass ermöglicht werden.

Alexander Smekalin, Gewerkschafter und Abgeordneter der Volksrepublik Donetzk, hob den gemeinsamen Klassenstandpunkt aller ukrainischen Arbeiterinnen und Arbeiter hervor. Diese litten nicht nur unter dem Krieg und der ökonomischen Blockade der Donbassregion, sondern auch unter der extremen Austeritätspolitik der Kiewer Regierung. Darin pflichtete ihm Zakhar Popovych, Maidanaktivist aus Kiew, bei. Zugleich verteidigte er die Maidanbewegung. In ihren Reihen hätten sich zwar tatsächlich Rechtsradikale befunden, aber eben auch progressive Aktivisten und Linke. Militante Neonazis, so berichteten beide, kämpfen heute auf beiden Seiten der Front.

Was können wir tun?

Nadja Shevchenko vom alternativen Kiewer Kanal Spilno.tv und ebenfalls auf dem Maidan dabei, wünscht sich von westlichen NGOs, dass sie helfen die Forderungen der ukrainischen Akivisten international hörbar zu machen. Von den Erfahrungen der Friedensbewegten der 80er Jahre könne gelernt werden, wie Feindbilder abgebaut und die „Kultur einer Friedensbewegung“ entwickelt würden. Nina Potarksa vom Center für Social and Labor Research in Kiev hob hervor, dass NGOs in der ganzen Ukraine sich meist unterschiedslos um Kriegsopfer kümmerten – Ansatzpunkt für die Entwicklung eines Standpunktes eines „gemeinsamen Humanismus“.

Gabi Zimmer, Vorsitzende der Linksfraktion im Europaparlament, nahm ebenfalls an dem Workshop teil und zitierte Berta von Suttner: „Die Waffen nieder“. Sie nennt es einen Skandal, dass weder ihre Fraktion, noch die europäische Linke oder die Friedensbewegung bisher eine gemeinsame Position zum Ukrainekonflikt gefunden haben. Statt die Situation der Menschen in den Blick zu nehmen, werde über globale Schulfragen diskutiert, zuweilen in einem angestaubten Jargon. Direkte Informationen von linken Gruppen aus der Region seien eminent wichtig für eine Positionsfindung der progressiven Kräfte in Europa.

In der offenen Diskussion am Ende des Seminars wurde eine Vielzahl von konkreten Ideen zusammengetragen, wie die europäische und globale Friedensbewegung helfen könnte.

Auffällig war die breite Zusammensetzung des Publikums – Diskutanten aus Schweden, Russland und Tschechien waren ebenso vertreten wie interessierte Zuhörerinnen aus dem Maghreb und von Attac Japan.

Leo Gabriel schloss die Diskussion mit dem Appell, „Hilfe zu globalisieren“ und an der begonnenen Positionsfindung gemeinsam weiterzuarbeiten.

Manuel Honisch (GEW; BRD) ■

Ostermärsche für Frieden und gegen einen neuen Kalten Krieg!

Mit ca. 100 Ostermärschen im ganzen Land macht die Friedensbewegung auch in diesem Jahr auf sich und ihre Hauptforderungen aufmerksam.

55 Jahre nach dem ersten Ostermarsch, in dem es um die atomare Bewaffnung der Bundeswehr ging, sind die Atomwaffen immer noch ein wichtiges Thema für die Friedensbewegung. Dies zeigt sich u.a. an den andauernden Aktionen von Friedensinitiativen und -aktivisten am Atomwaffenstandort Büchel. Dort lagern etwa 20 US-amerikanische Atomwaffen, die derzeit sogar modernisiert werden.

Allerdings hat sich die Agenda der Friedensbewegung seither stark verändert. Insbesondere die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die Auflösung des Warschauer Vertragssystems, der die NATO nicht folgte, haben die Koordinaten der europäischen und weltweiten Sicherheitspolitik entscheidend verändert. Seither haben Kriege weltweit zugenommen, haben Gewaltstrukturen und Waffen in den Internationalen Beziehungen eine neue Bedeutung erhalten.

Unter dem Slogan „Für eine Welt ohne Krieg, des Friedens und der Völkerverständigung“ wird bereits am kommenden Samstag (28. März) die Postdamer Friedenskoordination demonstrieren. Die traditionellen Ostermärsche folgen dann ein paar Tage später – beginnend mit Gründonnerstag (z. B. Erfurt) – und finden schwerpunktmäßig zwischen Ostersamstag und Ostermontag statt.

Einen großen Raum wird der militärische Konflikt in der Ukraine einnehmen: Die Friedensbewegung ist weder mit dem Vorgehen der - usurpierten - Kiewer Staatsmacht in der Ostukraine, noch mit der fadenscheinigen Politik Russlands, noch mit der aggressiven Einheizpolitik der US-Administration einverstanden. Hier droht ein neuer „Kalter Krieg“. Unterstützung findet vielmehr der Ansatz einer Deeskalation, wie er etwa in den Minsker Vereinbarungen festgelegt wurde und von Deutschland und Frankreich offiziell mit getragen wird.

Ein weiteres Thema wird das Ende des Zweiten Weltkriegs sein, an das überall erinnert wird. Ein entsprechender Aufruf der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der AntifaschistInnen) zielt auf den 8. Mai, dem eigentlichen „Tag der Befreiung“, an dem zahlreiche lokale und regionale Aktionen stattfinden werden.

Schließlich werden sich die Rednerinnen und Redner mit dem Vorgehen des sog. Islamischen Staates im Nahen Osten beschäftigen, dessen Aufbau maßgeblich von westlichen Geheimdiensten und „befreundeten“ Staaten wie Saudi-Arabien betrieben wurde. Weitere Themen sind der Kampf gegen die Beschaffung bewaffneter Drohnen durch die Bundeswehr, die Aufrüstung der Bundeswehr zu einer reinen Interventionsarmee sowie die nicht endende Überwachung friedlicher BürgerInnen durch private oder staatliche Stellen.

Die Veranstalter erwarten trotz verschiedentlicher Versuche, neue Demonstranten zu gewinnen (Aktion „Friedenswinter“, die aber in der Friedensbewegung kontrovers diskutiert wird) keine signifikanten Steigerungen der Teilnehmerzahlen an den Ostermärschen. Vielmehr gehen die „Großorganisationen“ der Friedensbewegung von einer Stabilisierung der bisherigen Bewegung aus. Das würde bedeuten, dass wieder Tausende von FriedensaktivistInnen durch mehr als 100 Orte ziehen werden. Am Ostersamstag starten die Ostermärsche Rhein/Ruhr in Düsseldorf bzw. Duisburg. Größere Abschlussveranstaltungen wird es am Ostersamstag in Berlin, Bremen und Stuttgart, am Ostermontag in Büchel, Frankfurt (wo auch die zentrale Ostermarschkoordination residiert (frieden-und-zukunft@t-online.de), Dortmund, Hamburg, Kassel, Müllheim und Nürnberg geben.

Pressemitteilung vom 27.3.2015
Bundesausschusses Friedensratschlag
Peter Strutynski (Kassel)
Lühr Henken (Berlin) ■

Gedenken an die Befreiung Rüsselsheims vom Faschismus vor 70 Jahren

15 antifaschistische Rüsselsheimer_ innen haben in der Jakob-Sittmann-Straße 13, dem letzten Wohnort von Emilie und Fritz Zängerle einer Ehrung beigewohnt, bei der der Stolperstein für Fritz Zängerle gereinigt wurde. Bereits zuvor wurde am Urnengrab auf dem Friedhof der Eheleute Zängerle mit Nelken und einem angebrachten Schild („Wir sagen Danke“) auf den Mut der Zängerles hingewiesen, Rüsselsheim am 25. März 1945 mit weißen Fahnen den US-Truppen übergeben zu haben. Damit wurden viele Menschenleben gerettet. In der Jakob-Sittmann-Straße wurde eine Anwohner-Information über die früheren Nachbarn, das Ehepaar Zängerle, verteilt. Bei der Ehrung wurde einiges über die Rüsselsheimer Stadtgeschichte bis 1945 berichtet. Walter Rietig, ein Freund der Zängerles, wurde ebenfalls in Erinnerung gerufen.



Aktuelle Forderungen wurden an die Adresse der Rüsselsheimer Politik von einem Antifa-Sprecher gerichtet:

1. Der Magistrat und das Stadtparlament werden aufgefordert als „Wiedergutmachnung“ für die Jahrzehnte lange Ehrung von Walter Köbel (NSDAP) zukünftig am 25. März (Rüsselsheims Befreiung vom Faschismus) und am 8. Mai die Eheleute Zänglere öffentlich für ihren Mut zu ehren.

2. Der Magistrat und das Stadtparlament lassen die Ehrenbürger Rüsselsheims auf Nazis überprüfen. Der Ehrenbürger von 1937, Jakob Sprenger (NSDAP-Gauleiter) u.a. müssen, wenn noch nicht erfolgt, gestrichen werden.

3. Der Magistrat und das Stadtparlament werden aufgefordert Unvereinbarkeiten, wie Toiletten neben Stolpersteinen, oder das Opel-Denkmal neben einem Stolperstein für einen holländischen Opel-Zwangsarbeiter vor dem Opel-Hauptportal zu korrigieren und zukünftig zu unterlassen. Emil Hub, der Bildhauer des Opel-Denkmals hat nicht nur Hitlerbüsten gefertigt, sondern seine Werke auch an Nazigrößen verkauft. Sein Werk neben einem Stolperstein ist nur unwürdig.

4. Der Magistrat und das Stadtparlament werden aufgefordert eine notwendige Umbenennung der Walter-Flex-Straße vorzunehmen. Flex war ein extrem chauvinistischer Dichter, der den Krieg in seinen Werken verherrlichte und damit nicht nur den Faschisten eine literarische Vorlage bot.

5. Der Krieg ist geächtet. Artikel 69 Absatz 1 der hessischen Landesverfassung. Hieran hat auch Fritz Zängerle als KPD-Abgeordneter mitgewirkt. Aus diesem Grund fordern wir heute: Hessentag 2017 ohne Bundeswehr. Keine Bundeswehr an der Kant-, Planck- und Heinemann-Schule. Die Ausbildungsmesse braucht keine Teilnahme der Bundeswehr. Töten ist kein Ausbildungsberuf.

A. Reich ■

Bezirksparlamentswahlen in Frankreich

Sozialdemokratie abgeschlagen, konservativer Block triumphiert. Der neofaschistische FN ist nur scheinbar angeschlagen: Zwar gelingt es ihm nicht, eine Bezirksregierung zu übernehmen, aber dies darf auf keinen Fall seine enorm hohen Wahlergebnisse verdecken. Seine Stimmergebnisse haben eine neue Rekordhöhe erreicht.

In ganz Frankreich, mit Ausnahme von Paris & Lyon (wo Stadt- und Bezirksregierung in eins fallen und die Rathäuser zuletzt im März 2014 neu besetzt wurden) sowie zwei „Überseebezirken“ – La Martinique und Guyana – fanden an den letzten beiden Sonntagen im März 2015 Bezirksparlamentswahlen statt. Diese Wahlen auf Départements-Ebene dienen, aufgrund ihres landesweiten gleichzeitigen Stattfindens, als wichtiger Gradmesser für das innenpolitische Klima.

Die wichtigsten Tendenzen beim Ausgang dieses Wahlgangs seien an dieser Stelle in aller Kürze zusammengefasst. Und zwar in Stimmergebnissen, was, möchte man den Einfluss der einzelnen politischen Parteien bemessen, die einzige sinnvolle Herangehensweise darstellt, denn das Ergebnis in Sitzen wird durch das Wahlsystem (Mehrheitswahlrecht in zwei Durchgängen, ‚The winner takes it all’ und die Ergebnisse der nicht siegreichen Kandidat/inn/en fallen am Schluss unter den Tisch) erheblich verzerrt. In Stimmanteilen ausgedrückt, lassen sich die größeren politischen Blöcke wie folgt abbilden:

1. Der konservative Bürgerblock: insgesamt rund 8,2 Millionen Stimmen.
Er trat meistens in Gestalt von Listenverbindungen der beiden mitgliederstärksten Rechtsparteien, UMP (ungefähr vergleichbar mit der deutschen CDU/CSU) und UDI (ungefähr vergleichbar mit der FDP, aber mit einem innerparteilichen Rechtsaußenflügel) auf. Solche Gemeinschaftslisten erhielten insgesamt rund 5,089 Millionen Stimmen.

Hinzu kommen weitere Stimmenanteile für reine UMP-Listen (rund 1,5 Millionen), für sonstige bürgerlich-konservative Listen, die entweder parteifrei oder kleineren Rechtskräften zugeordnet sind (circa 1,27 Millionen) und reine UDI-Listen (rund 250.000 Stimmen).

Auf diesen Block entfallen insgesamt 2.170 Sitze in den frisch gewählten Bezirksparlamenten, von Alles in Allem rund 4.000 Mandaten. Der konservative Bürgerblock gewinnt voraussichtlich 67 Départements, und nimmt damit der Sozialdemokratie und ihren Verbündeten 26 Bezirksregierungen ab.

2. Die Sozialdemokratie und ihre Verbündeten (Grüne, Linksliberale, je nach örtlichem Verhältnis zwischen den Parteien auch die ‚Linksfront’/der Front de gauche, ungefähr vergleichbar mit DIE LINKE in deutschen Landen) gewinnen insgesamt rund 5,2 Millionen Stimmen.
Davon entfallen 2,9 Millionen auf (mehr oder minder) rein sozialdemokratische Listen. Hinzu kommen 1,6 Millionen Stimmen für Koalitionslisten des Mitte-Links-Spektrum, etwa im Sinne von rosarötlich-grün. Weitere 788.000 Stimmen entfallen auf weitere Mitte-Links-Listen, die entweder parteifrei oder kleineren Parteien zugeordnet sind. Auf diesen Block entfallen insgesamt rund 1.400 Sitze.

Die Sozialdemokratie verliert in diesem Frühjahr langjährige Bastionen, wie etwa das Département Nord (rund um die Bezirkshauptstadt Lille), oder das seit 1953 von ihr regierte Département Bouches-du-Rhône (Marseille). Auch die Bezirke Corrèze und Essonne.

3. An dritter Stelle kommen dann auch schon die Neofaschisten, mit 5,1 Millionen Stimmen für den Front National (FN) im ersten Durchgang und 4,1 Millionen in den Stichwahlen, wo die rechtsextreme Partei nicht überall flächendeckend vertreten war. Rund 13.000 Stimmen entfallen ferner im zweiten Durchgang auf sonstige rechtsextreme Kandidaturen, insbesondere solche der Ligue du Sud, die vom Bürgermeister von Orange – Jacques Bompard, ex-Front National, seit 2012 auch Abgeordneter in der Nationalversammlung – angeführt wird.

Durch das Wahlrecht bedingt, das mittelstarke (oder schwächere) Parteien insbesondere dann stark benachteiligt, wenn sie ohne Verbündete in die Stichwahl ziehen und mit niemandem für die Stichwahl fusionieren[1] (können oder wollen), ist dieser Block jedoch in Mandaten stark unterrepräsentiert. Auf den FN entfallen insgesamt 62 Mandate in den Bezirksparlamenten. Die Ligue du Sud erhielt weitere vier Mandate, darunter zwei für das Ehepaar Jacques & Marie-Claude Bompard, respektive Bürgermeister/in von Orange bzw. der Nachbarstadt Bollène.

Zurück zum Front National: Im ersten Wahlgang erhielt diese Partei frankreichweit 25,24 % der Stimmen; das sind nochmals 0,3 % über ihrem bisherigen Rekord, den sie bei der letztjährigen Europaparlamentswahl am 25. Mai 2014 (mit damals 24,9 % der abgegebenen Stimmen) verzeichnete. In absoluten Stimmen erhielt der FN damals, bei der Europaparlamentswahl im Vorjahr, noch 4,8 Millionen Stimmen. Und jetzt hatte er, im ersten Wahlgang, rund 5,1 Millionen. Das liegt zwar noch unter der absoluten Stimmenanteil bei den Präsidentschaftswahlen (2012: rund sechs Millionen Stimmen, bei einem prozentualen Anteil von 18 %). Aber bei Präsidentschaftswahlen nehmen auch wesentlich mehr Stimmberechtigte teil als bei Europa- oder Bezirksparlamentswahlen.

Bei der letztjährigen Europaparlamentswahl erreichte die Enthaltung eine Rekordhöhe von 57 %. Eine vergleichbare Wahlenthaltung war auch dieses Mal, im März 2015, durch die Umfrageinstitute vorausgesagt worden. Im Endeffekt lag sie nun allerdings ein wenig darunter: Die Enthaltung betrug im ersten Durchgang der Bezirksparlamentswahlen durchschnittlich 49,83 %, und in der zweiten Runde erreichte sie lt. amtlichem Endergebnis 50,02 %. Damit lag umgekehrt die Beteiligung ein wenig höher, als im Vorfeld vermutet worden war.

4. Deutlich abgeschlagen hinter den drei vorgenannten Blöcken folgen dann andere politische Formationen, darunter einige Linkskräfte.
Die radikale Linke (Nouveau Parti Anticapitaliste, Lutte Ouvrière) war bei diesem Wahlgang überhaupt nicht vertreten: ihre Organisationen hatten keine Listen aufgestellt.

Die staatstragende „Linksfront“, die aus mehreren Mitgliedsparteien besteht – als stärkste darunter firmiert die französische KP (oder der PCF, le Parti communiste français), mit einigem Abstand gefolgt durch die „Linkspartei“ (PG) des früheren Sozialdemokraten Jean-Luc Mélenchon – trat je nach örtlichen Verhältnissen in unterschiedlichen Konstellationen an. Mal mit sozialdemokratischen Verbündeten, mal mit Grünen (die ebenfalls, ähnlich wie die „Linksfront“, die rechtssozialdemokratisch geführte Regierung kritisierten), mal im Alleingang. Es kam auch zu Alleinkandidaturen des PCF, also der französischen KP.

Listen, die unter der Bezeichnung „Linksfront“ firmierten, erzielten dabei rund 266.000 Stimmen (und 76 Sitze, i.d.R. dank Zusammenschlüssen im zweiten Wahlgang mit der Sozialdemokratie); Alleinkandidaturen der französischen KP weitere 100.000 Stimmen und, unter ähnlichen Bedingungen, 26 Sitze.

Wie soll man den Wahlerfolg der Neofaschisten einstufen?
Man sollte sich niemals nur auf den ersten Anschein verlassen. Der erste Anschein,

geht es um die französischen Bezirksparlamentswahlen von den letzten beiden Sonntagen, besagt: Der rechtsextreme Front National (FN) konnte keine Stiche machen. Im ersten Wahlgang vom 22. März 15 lag die Partei von Marine Le Pen noch in 43 von insgesamt knapp einhundert französischen Départements – Verwaltungsbezirken – als stärkste Partei auf dem ersten Platz. Bei der zweiten Runde am vorigen Sonntag, den 29. März d.J. nun konnte die extreme Rechte keine Mehrheit in einem der neu gewählten Bezirksparlamente gewinnen.

Im Vorfeld hatte man ihr Aussichten darauf in einigen Bezirksversammlungen zugesprochen, insbesondere in Avignon in Südostfrankreich (Bezirk Vaucluse) und Laon in der Picardie – im Bezirk Aisne -, die sich nun jedoch nicht verwirklichten. Doch in beiden Départements liegt der Stimmenanteil für die seit dem Antritt ihrer jetzigen Chefin zu Anfang 2011 oberflächlich modernisierte, neofaschistische Partei bei oder über vierzig Prozent.

Und auch andernorts fährt der FN hohe Wahlergebnisse ein, die sich jedoch – aufgrund des Wahlsystems – oft nur geringfügig in Sitzen widerspiegeln. Im Bezirk Oise, rund fünfzig Kilometer nördlich von Paris und seit längerem eine rechtsnationalistische Hochburg, erzielt der Front National bspw. nur Sitze im Bezirksparlament, von insgesamt 42. Doch misst man die Stimmenanteile, dann ergibt sich ein anderes Bild: Die bürgerlich-konservative Rechte (28 Mandate) liegt, mit 42,42 %, nur knapp vor dem mit seinerseits 41,48 % der abgegebenen Stimmen.

Doch Bezirksparlamentswahlen sind in Frankreich die ungünstigsten überhaupt für die extreme Rechte. Bei ihnen gilt das Mehrheitswahlrecht, ähnlich wie bei nationalen Parlamentswahlen; nur mit einem zusätzlichen Handicap, nämlich dem oft geringen Bekanntheitsgrad von Bezirksvergleichen etwa mit ParlamentskandidatInnen. Hingegen gelten bei Kommunal- und Regionalparlaments- sowie Europaparlamentswahlen jeweils Varianten des Mehrheitswahlrechts mit einigen besonderen Modalitäten.

In Anbetracht dessen kann man nicht behaupten, dass die rechtsextreme Partei geringfügig abgeschnitten hätte. In 1.107 Bezirkswahlkreisen – von 2.054, die es insgesamt gibt – kam der FN in die Stichwahlen. Dazu war es erforderlich, von mindestens 12,5 % der Wahlberechtigten (nicht der tatsächlichen TeilnehmerInnen am Urnengang) gewählt zu werden. In jenen Wahlkreisen, wo der FN in die Stichwahlrunde kam, konnten seine Listen um durchschnittlich 4,55 % zulegen. Was allerdings unzureichend war, um – im Angesicht der Sperrvorrichtung in Gestalt des Mehrheitswahlrechts – genügend eigene Kandidat/inn/en durchzubringen.

Die Ergebnisse in der zweiten Runde hängen von den Konstellationen ab, in denen seine KandidatInnen auftraten. Waren drei Bewerber/innen in der Stichwahl – man spricht in diesem Falle von ‚triangulaire' oder Dreiecks-Konstellation -, so zählt die relative Mehrheit, und dann kam die extreme Rechte durchschnittlich auf 28 %. Andere Angaben lauten auf 26,7 % und verweisen darauf, dass der FN in den „Dreiecks"-Konstellationen (von denen die Partei nur fünf gewann und 268 verlor) häufig nur als Dritter abschnitt und zwischen beiden Wahlgängen oft auch noch Stimmen verlor[2]. Dies deutet darauf hin, dass eine solche Konstellation der rechtsextremen Partei zumindestens in diesem Jahr nicht gut bekam – und ihre Wähler/innen dann in Versuchung gerieten, anders (wohl überwiegend konservativ) zu stimmen, vielleicht um doch noch „kleineres Übel" zu wählen.

Besser sieht es für die Partei in den Zweiter-Konstellationen aus. Stand ihr allein eine konservative Kandidatur im „Duell" (wie man diese Konstellation benennt) gegenüber, dann kam die extreme Rechte im Durchschnitt auf 41 %; war es eine Kandidatur aus den Reihen der Linksparteien, erreichte der FN im Schnitt 46 %[3]. Im letzteren Falle wurde die konservative Wählerschaft offenkundig aufgespaltet.

Insgesamt kam es ursprünglich zu 772 „Duellen" unter Einschluss des FN, und zu 297 „Dreiecken" (sowie einem „Viereck" mit vier Bewerbern)[4]. Durch den Rückzug einiger Kandidaturen kurz vor der Stichwahl – zwischen den „republikanischen" Parteien, um den FN nicht passieren zu lassen – blieb es letztlich bei nur noch 273 „Dreiecken" und kam es zu mehr „Duellen", nämlich 834[5].

Dabei waren jedoch überwiegend nur Sozialdemokraten zu einem solchen Kandidatur-Rückzug zugunsten der bestplatzierten „republikanischen" Bewerbung (um deren Chancen gegenüber dem FN zu erhöhen) bereit. An der Spitze des konservativen Bürgerblocks hatte Nicolas Sarkozy in diesem Jahr die Parole ausgegeben: „Weder Noch", also weder ein Bündnis mit der Sozialdemokratie noch ein Zusammengehen mit dem FN, wobei ihm jedoch einige Kandidaten aus der eigenen Partei die Gefolgschaft verweigerten.

Diese Stimmenanteile sind alles andere als vernachlässigbar. Auch wenn der Front National letztendlich „nur" 62 gewählte Bezirksverordnete durchbrachte. Aber bis im Oktober 2013 hatte er überhaupt keinen. Als damals sein Kandidat Laurent Lopez als erster Rechtsextremer eine absolute Wahlkreismehrheit bei einer Teilwahl für den freigewordenen Sitz (am 6. und 13. Oktober 13) gewann, galt dies noch als herausragende Sensation und machte frankreichweit Schlagzeilen. Heute haben sich die Dinge weitgehend gewandelt. Auch wenn Lopez selbst seinen Sitz an diesem Sonntag wieder verlor.

Zu Bezirksparlamentariern gewählt wurden hingegen mehrere rechtsextreme Bürgermeister[6], die vor genau einem Jahr in die Rathäuser kamen, als der FN elf Kommunen gewann. In Béziers, in Villers-Cottêrets in der Picardie, in Le Pontet bei Avignon oder Cogolin an der Côte d'Azur gewannen diese Stadtoberhäupter am Sonntag zusätzliche Weihen.

Mit dem Front National wird man also auch weiterhin rechnen müssen, zumal ihn das Wahlrecht bei den als nächste im Dezember d.J. anstehenden Regionalparlamentswahlen nunmehr begünstigen statt benachteiligen wird. Allerdings wurde in den letzten Stunden der Eindruck erweckt, die Partei habe einen Dämpfer erhalten, weil sie bei den Bezirksparlamentswahlen doch niedriger abschnitt, als es ihren eigenen vollmundigen Erwartungen entsprochen hätte – aber auch Umfragen, die ihr bis zu 33 % prognostizierten. In Anbetracht des Zustands weiter Teile der Linken ist zu fürchten, dass der Trost nicht lange vorhält.

Hinzuzufügen wäre ferner noch, dass andere Parteien und insbesondere die hauptsächliche Wahlgewinnerin, die konservativ-wirtschaftsliberale UMP, sich im Wahlkampf zum Teil auf ähnliches ideologisches Terrain wie der FN begeben hatten. In den fünf Tagen vor dem ersten Wahlgang meldete deren Chef, Ex-Präsident Nicolas Sarkozy, sich vor allem mit der Forderung nach Abschaffung von schweinefleischfreiem Auswahlessen in Schulkantinen öffentlicher Bildungsanstalten zu Wort. Rassistische WählerInnen verstanden sofort, gegen wen sich das richtete.

Bernard Schmid, Paris ■

Quellenhinweise

1 Marine Le Pen hat ihrerseits soeben die Abwesenheit von Verbündeten in solchen Situationen als Schwierigkeit für ihre Partei anerkannt. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2015/03/30/97001-20150330FILWWW00137-le-pen-complique-pour-le-fn-d-etre-sans-allies.php

2 Vgl. http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2015/03/30/le-fn-ne-profite-pas-des-triangulaires_4605665_4355770.html

3 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2015/03/29/97001-20150329FILWWW00176-large-victoire-de-la-droite-aux-elections-departementales.php?m_i=y67y%2BJYpQeSnljFquPrlhKl8CculLYe7GKSMOe6W_5dPL8iiqASfRMO0e9ml5ZTE%2Bhi4kIrCHXCyKRiz1F61kwJRWHOW_&a1=DOL-651828&a3=77-4355258&a4=DOL-651828-77-4355258#xtor=EPR-31-[large-victoire-de-la-droite-aux-elections-departementales]-20150329-[titre]

4 Vgl. http://www.lefigaro.fr/politique/le-scan/2015/03/23/25001-20150323ARTFIG00121-departementales-plus-de-1500-duels-et-326-triangulaires-au-second-tour.php

5 Vgl. http://actu.orange.fr/departementales/pour-le-fn-pas-de-departement-mais-une-progression-majeure-afp_CNT0000008Gi40.html

6 Vgl. dazu im Überblick: http://www.leparisien.fr/politique/departementales-dans-ses-11-villes-le-fn-fait-presque-carton-plein-avec-18-elus-30-03-2015-4651809.php

Willkommenskultur ist nicht Privatsache!

Überall in Deutschland stellen sich Menschen rassistischer Hetze in den Weg und heißen Flüchtlinge willkommen. Unterstützung von staatlichen Institutionen erhalten sie dabei kaum – obwohl das dringend nötig wäre. Es ist Zeit für ein Förderprogramm, das den vielen Ehrenamtlichen den Rücken stärkt.

Ein Gelsenkirchener Unternehmer kündigt auf Facebook an, Flüchtlinge ausbilden zu wollen – und wird darauf von Rassisten auf's Übelste beschimpft. Ein Bundestagsabgeordneter aus Königstein sagt eine Asyl-Veranstaltung ab – aufgrund von Pöbeleien und Drohungen im Internet. In Tröglitz tritt ein Bürgermeister, der sich dafür eingesetzt hatte, dass Flüchtlinge in der kleinen Gemeinde nicht ausgegrenzt werden, von seinem Amt zurück, weil Neonazis gegen ihn und seine Familie hetzen.

Egal ob Magdeburg, Suhl oder Hamburg – deutschlandweit erhalten Lokalpolitiker und Flüchtlingsinitativen, die sich für eine Kultur des Willkommens aussprechen, Anfeindungen bis hin zu Morddrohungen. Die Pegida-Bewegung hat ein hohes Maß an Aggressionen und Ressentiments gegen Flüchtlinge offenbart – in ihrem Windschatten haben rassistisch motivierte Gewalt und Hetze deutlich zugenommen. Traurig aber wahr: Sich für Flüchtlinge einzusetzen, erfordert daher vielerorts einigen Mut.

Dieser mutige Einsatz verdient Anerkennung und Unterstützung. Zum heutigen Internationalen Tag gegen Rassismus fordert PRO ASYL daher, dass Bund und Länder flächendeckende Programme zur Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit mit Flüchtlingen auflegen – um jenen, die die von vielen Politikerinnen und Politikern beschworene „Willkommenskultur" Wirklichkeit werden lassen, den Rücken zu stärken.

Als eigenen Beitrag und als Anregung für die Politik hat PRO ASYL mit der Unterstützung von Campact ein Förderprogramm für ehrenamtliches Engagement aufgesetzt. PRO ASYL wird dafür in den kommenden zwei Jahren 300.000 Euro zur Verfügung stellen. Weitere 100.000 Euro kommen von Campact hinzu. PRO ASYL dankt Campact sowie allen Spenderinnen und Spendern, die diese dringend erforderliche Arbeit ermöglichen.

Das Programm wird die Flüchtlingsräte Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bei ihrer Aufklärungs-, Vernetzungs- und Beratungsarbeit stärken. Ziel ist es, Ehrenamtliche durch Schulungen, Materialien, Sensibilisierungsangebote und Beratung beim Aufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen zu unterstützen. Durch die Einrichtung von Runden Tischen, Konfliktmoderation sowie Informationen über geplante Unterkünfte und Fluchtursachen soll das Programm lokale Willkommenskultur fördern.

Das spendenfinanzierte Projekt kann jedoch die benötigte staatliche Unterstützung nicht ersetzen – und das nicht nur, weil 400 000 Euro dafür zu wenig sind. Willkommenskultur braucht politische Rückendeckung – damit klar ist: Flüchtlingsschutz und Integration sind keine Privatsachen, sondern gesamtgesellschaftliche Aufgaben.

Quelle: Pro Asyl 20.3.2015 ■

Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme auf neue Grundlage stellen

„Es hilft nichts, wenn der Bund nun noch einmal mit der Gießkanne Geld an die Länder verteilt, um sie bei der Flüchtlingsaufnahme zu unterstützen. Der Bund muss komplett für die Versorgung von Asylsuchenden aufkommen", fordert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich des Treffens der Innenminister von Bund und Ländern. Jelpke weiter: „Im vergangenen Jahr wurde verabredet, dass der Bund die Länder in diesem und im kommenden Jahr mit jeweils 500 Millionen Euro entlastet, um seinen Beitrag zur Aufnahme Asylsuchender zu leisten. Nun zeigt sich: Angesichts weiter steigender Flüchtlingszahlen reicht das Geld nicht aus.

Das bestätigt die Forderung der LINKEN, die Finanzierung der Aufnahme von Schutzsuchenden und Flüchtlingen an den Bund zu übertragen. Die Standards für Unterbringung und Versorgung können dann bundeseinheitlich geregelt werden. Ziel muss eine frühzeitige Integration der Betroffenen sein. Hierzu hat die Fraktionen einen Antrag vorgelegt, der in den kommenden Wochen im Bundestag debattiert wird."

www.ulla-jelpke.de 23.3.2015 ■

UNHCR: Düstere Zukunft für Syrien-Flüchtlinge

Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen warnt vor einer „düsteren Zukunft" für syrische Flüchtlinge. In einer Pressemitteilung vom 12.3.2015 schrieb die Organisation, vier Jahre nach Ausbruch des Syrien-Konfliktes hätten sich die Bedingungen für Millionen von Flüchtlingen in den Nachbarländern und Binnenvertriebenen in Syrien auf alarmierende Weise verschlechtert. Die meisten der rund 3,9 Millionen syrischen Flüchtlinge in der Türkei, dem Libanon, Jordanien, dem Irak und Ägypten sähen für die nahe Zukunft keine Aussicht auf eine Rückkehr in ihre Heimat, aber auch kaum Möglichkeiten für einen Neustart im Exil. Über die Hälfte der syrischen Flüchtlinge im Libanon lebe in unzureichenden Notunterkünften. UN-Flüchtlingskommissar António Guterres appellierte daher an die Staatengemeinschaft, mehr finanzielle Hilfen für die Opfer des Bürgerkriegs bereitzustellen. Es gebe weder genügend humanitäre Hilfe, um den enormen Bedarf zu decken, noch genügend Entwicklungshilfe für die Aufnahmestaaten, die unter der Belastung so vieler Flüchtlinge ächzten.

http://www.unhcr.de/home/artikel/d57e1d7c9cb1e9739eb4d119aa960b79/vier-jahre-syrien-konflikt-fluechtlingen-droht-duestere-zukunft.html

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 23.3.2015 ■

Frontex: Falschmeldung über Flüchtlingsschiff

Die im Januar von der EU-Grenzschutzagentur Frontex lancierte Nachricht über den führerlosen und in Seenot geratenen Frachter „Blue Sky M" hat sich mittlerweile als falsch erwiesen.

Wie das NDR-Politikmagazin Panorama berichtete, sei das Schiff weder seeuntauglich gewesen noch sei die Crew von Bord gegangen. Die Mannschaft des Schiffes habe aus „professionellen syrischen Seeleuten" bestanden, die für die Überfahrt bezahlt wurden und nahe der italienischen Küste das Steuer verließen, um nicht als Schleuser festgenommen zu werden. Entgegen der Behauptungen zahlreicher Medienartikel sei das Schiff nicht in Gefahr gewesen, auf die italienische Küste zu prallen, wie die ermittelnde italienische Staatsanwaltschaft in Lecce gegenüber Panorama klarstellte. Die Journalisten kritisierten ihre Kollegen sowie Frontex, ein Bild der Bedrohung zu zeichnen und angeblich gewissenlose Menschenschmuggler anzuprangern.

Quelle: http://www.migration-info.de März 2015 ■

20 Jahre Offene Grenzen in Europa – aber nicht für Flüchtlinge

„Die Bundesregierung feiert „20 Jahre offene EU-Binnengrenzen" – und verschweigt, dass die EU-Kommission im Oktober letzten Jahres ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen unzulässiger Binnengrenzkontrollen eingeleitet hat. Die Freiheit des Reisens ohne Personenkontrollen gilt für viele Menschen in Deutschland nicht" so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, zum 20-jährigen Inkrafttreten des Schengener Durchführungsübereinkommens. Jelpke weiter: „Gefeiert wird „die Freizügigkeit im Schengenraum" – doch diese gilt nicht für Flüchtlinge, die von der Bundespoli-

zei gezielt aus Zügen, Bussen und Autos herausgeholt werden. Die Bundespolizei wählt gezielt Menschen nach ihrer Hautfarbe und anderen äußerlichen Merkmalen. Diese Praxis des racial profiling ist ein klarer Verstoß gegen das grundgesetzliche Diskriminierungsverbot.

2014 gab es mehr als 2,3 Millionen Polizeikontrollen im grenznahen Raum, die so genannte Schleierfahndung. Die EU-Kommission kritisiert, dass keine gesetzlichen Vorkehrungen getroffen wurden, um diese Kontrollen in quantitativer Hinsicht einzugrenzen. Bei den im Rahmen dieser Kontrollen wegen illegaler Einreise Aufgegriffenen handelt es sich sehr häufig um schutzbedürftige Flüchtlinge aus Syrien, Eritrea und Afghanistan – die Asyl-Schutzquoten bei diesen Ländern liegen zwischen 68 und 100 %! Somit werden schutzbedürftige Flüchtlinge in einem großen Umfang bereits bei ihrer Einreise aus einem anderen EU-Staat nach Deutschland kriminalisiert. Das ist kein Grund zum Feiern!"

Ulla Jelpke, MdB, Berlin, 26.3.2015 ■

PRO ASYL: Rechtswidrige Inhaftierungen von Flüchtlingen beenden

Mazedonien: Flüchtlinge werden unter menschenrechtswidrigen Umständen eingesperrt – Neuer Bericht dokumentiert dramatische Haftbedingungen

Eine Recherchegruppe aus JournalistInnen, AnwältInnen, AktivistInnen und einer Ärztin hat sich Anfang März 2015 in der mazedonischen Hauptstadt Skopje aufgehalten und mit Unterstützung von PRO ASYL die Situation von Flüchtlingen in der Aufnahmeeinrichtung „Gazi Baba" dokumentiert.

Gazi Baba ist de facto ein Gefängnis. Gespräche mit ehemaligen Insassen ergaben ein dramatisches Bild. Es setzt sich zusammen aus Überbelegung, völlig unzureichender medizinischer Versorgung und schlechter Verpflegung, wodurch massive gesundheitliche Risiken für die Untergebrachten entstehen. Die Insassen dürfen keinen Besuch erhalten. De facto handelt es sich bei Gazi Baba nicht um eine Aufnahmeeinrichtung, in der den Interessen Asylsuchender an Unterbringung und einer ordnungsgemäßen Durchführung des Asylverfahrens Rechnung getragen wird.

Die extreme Überbelegung bestätigt auch das mazedonische Helsinki-Komitee. Die für 150 Personen ausgelegte Einrichtung sei zurzeit mit 300 Personen überfüllt, sodass nicht jedem Untergebrachten ein eigenes Bett zur Verfügung stehe. Das Komitee hat nach seinen Angaben den Hinweis erhalten, mehrere Syrer seien in Gazi Baba gefoltert worden, konnte jedoch mangels Zugang entsprechende Berichte nicht überprüfen.

Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International und dem mazedonischen Helsinki-Komitee, wird der Zugang zur Einrichtung verweigert. Auch die Recherchegruppe durfte die aktuellen Insassen, unter ihnen ganz überwiegend syrische Staatsangehörige, nicht sprechen. Es konnten jedoch Gespräche mit ehemaligen Insassen und Experten geführt werden.

Es ist davon auszugehen, dass die Inhaftierung von Asylsuchenden und Flüchtlingen selbst nach mazedonischem Recht rechtswidrig ist. Da es keinen Zugang zu Rechtsschutz und Rechtsbeiständen gibt, ist davon auszugehen, dass es keine effektive rechtsstaatliche Möglichkeit gibt, in einem Überprüfungsverfahren Rechtsmittel gegen Haft und Haftbedingungen einzulegen.

PRO ASYL fordert von der mazedonischen Regierung, sofort den ungehinderten Zugang von Nichtregierungsorganisationen in die Einrichtung zu ermöglichen, die ungestörte Kommunikation zwischen NGO-Vertretern und (de facto)-Häftlingen sicherzustellen, die Haftbedingungen zu verbessern, rechtswidrige Inhaftierungen zu beenden und dafür zu sorgen, dass für Asylsuchende generell eine faire und individuelle Prüfung ihrer Asylanträge stattfindet. Die Recherchegruppe und PRO ASYL schließen sich den Forderungen von Amnesty International gegen die unmenschliche und erniedrigende Inhaftierung an.

Am Sitz der Bundesregierung in Berlin sollten die Alarmglocken klingeln. Schließlich hat man Mazedonien vor kurzem erst per Gesetz als „sicheren Herkunftsstaat" im Sinne des deutschen Asylrechts eingestuft. Auf die Liste solcher Staaten können aber, auch nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, nur Staaten gelangen, die nicht nur die internationalen Menschenrechtsabkommen unterzeichnet haben, sondern diese auch im Alltag durchsetzen. Die menschenrechtswidrigen Zustände in Gazi Baba und die vorsätzliche Behinderung der Arbeit mazedonischer und internationaler NGOs belegen jedoch, wie es in der Praxis um Mazedoniens Verhältnis zu den Menschenrechten steht.

Quelle: Presseerklärung Pro Asyl 19.3.2015 ■

Kosovaren sind keine Flüchtlinge zweiter Klasse

NRW. Seit kurzem hängt die Bezirksregierung Arnsberg sogenannte „Merkblätter" in Landesaufnahmeeinrichtungen aus, in denen Flüchtlinge aus dem Kosovo untergebracht sind. Diese Blätter fordern die Betroffenen kollektiv zur freiwilligen Rückkehr auf, indem ihr Bemühen um einen Aufenthaltstitel in Deutschland als aussichtslos dargestellt wird. Das Merkblatt ist mit dem neutralen Titel „Informationen zu Ihrem Aufenthalt in Deutschland" überschrieben, unterstellt jedoch bereits im ersten Absatz „wirtschaftliche Gründe" und „Arbeitslosigkeit" als pauschalen Fluchtgrund. Auf diese Weise wird die Vielzahl der tatsächlichen Fluchtgründe negiert. Offensichtlich zur Abschreckung wird sodann auf die niedrige Anerkennungsquote kosovarischer Staatsangehöriger im Asylverfahren verwiesen, die derzeit unter 1 % liegt, und über die Modalitäten der freiwilligen Rückkehr und der Abschiebungspraxis „informiert". Menschen aus dem Kosovo wird damit von vornherein ein Anrecht auf einen Schutzstatus kollektiv aberkannt und bereits vor bzw. ohne abschließende Prüfung des Asylgesuchs ein Ausreisedruck aufgebaut.

Bereits seit einigen Wochen sind die Entscheider des BAMF angehalten, Asylanträge von kosovarischen Flüchtlingen „bevorzugt zu bearbeiten" und innerhalb von maximal zwei Wochen im Schnellverfahren zu bescheiden. Diese Direktive verletzt die Prinzipien eines individuellen und rechtstaatlichen Verfahrens. Mit dem Verteilen ihres „Merkblatts" schließt die Bezirksregierung Arnsberg nahtlos an die derzeitige Praxis der diskriminierenden Sonderbehandlung von Flüchtlingen aus dem Kosovo an. Nach Aussagen der Landesregierung NRW sollen Flüchtlinge aus dem Kosovo zur Beschleunigung des Asylverfahrens zudem künftig erst gar nicht den Kommunen zugewiesen werden, sondern möglichst lange in den Landesaufnahmeeinrichtungen verbleiben, um von dort aus freiwillig in ihr Herkunftsland zurückzukehren oder dorthin abgeschoben zu werden.

Darüber hinaus verdichten sich in jüngster Zeit die Hinweise auf die Einrichtung von Sonderuntereinrichtungen für Kosovaren in Notunterkünften des Landes. So werden u.a. von den Zentralen Unterbringungseinrichtungen in Hemer und Burbach Flüchtlinge aus dem Kosovo in spezielle Notunterkünfte des Landes verteilt. Beispielsweise wurde die Sporthalle des Kuniberg Berufskollegs in Recklinghausen mit etwa 110 Flüchtlingen belegt, die ausschließlich dem Kosovo entstammen. Ähnliches lässt sich auch in Weeze und Hagen beobachten.

Für Flüchtlinge aus dem Kosovo etabliert sich derzeit eine Sonderbehandlung im schlechtesten Wortsinn. „Menschen, die aus der Republik Kosovo fliehen, dürfen nicht als Flüchtlinge zweiter Klasse behandelt werden" konstatiert Heinz Drucks, Vorstandsmitglied des Flüchtlingsrates NRW. „Diese fortschreitende Selektion von Flüchtlingen und die pauschale Verurteilung bestimmter Gruppen befeuert eine gesellschaftliche Stimmung, die wir mit großer Besorgnis beobachten". *gez. Birgit Naujoks*

Quelle: PM Flüchtlingsrat NRW e.V. 19.3.2015 ■

Bayern kündigt Aufweichung des Kopftuch-Verbots an

Mit einer Vollzugsanweisung möchte Bayern auf die Kopftuchentscheidung des Bundesverfassungsgerichts reagieren. Damit soll die bisherige harte Haltung beim Kopftuch-Verbot aufgeweicht werden. In Bayern dürfen Lehrerinnen kein Kopftuch tragen, Nonnen und Mönche aber ihr Habit.

Das bayerische Kultusministerium will nach der Kopftuch-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts möglichst schnell eine sogenannte Vollzugsanweisung für die künftige Kopftuch-Praxis an staatlichen Schulen erarbeiten. Ein Ministeriumssprecher sagte dem Evangelischen Pressedienst am Mittwoch, noch diesen Freitag oder spätestens am Montag würden sich die zuständigen Mitarbeiter des Hauses mit dem Thema befassen. Die Staatsregierung hatte als Konsequenz aus der Kopftuch-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts am Dienstag angekündigt, ihre bislang harte Haltung beim Kopftuch-Verbot zumindest aufzuweichen.

Konkret bedeutet das, dass künftig jeder Einzelfall geprüft werden soll. Eine Gesetzesänderung sei dafür nicht notwendig, sagte der Sprecher des Ministeriums am Mittwoch. In Bayern habe es auch bisher kein absolutes Kopftuch-Verbot gegeben. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes könnten in Bayern „im Verwaltungsvollzug umgesetzt werden", hatte Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) bereits am Dienstag angekündigt. Diese Anweisung werde regeln, an wen man sich wenden müsse, um als muslimische Lehrerin das Tragen eines Kopftuches zu beantragen, und wer darüber entscheide.

Das Bundesverfassungsgericht hatte am vergangenen Freitag entschieden, dass ein generelles Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen gegen die Religionsfreiheit verstoße. Künftig soll es für ein mögliches Kopftuchverbot auf konkrete Konflikte, eine konkrete Gefahr für die staatliche Neutralität oder den Schulfrieden ankommen. Die Länder können selbst entscheiden, ob sie Verbote erlassen oder nicht.

Muslimische Lehrerinnen durften in Bayern bislang kein Kopftuch tragen, Nonnen und Mönche aber durchaus ihr Habit. Im Landesgesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen steht, dass „äußere Symbole und Kleidungsstücke, die eine religiöse oder weltanschauliche Überzeugung ausdrücken" von Lehrern dann nicht im Unterricht getragen werden dürfen, sofern diese beispielsweise mit christlich-abendländischen Bildungs- und Kulturwerten nicht vereinbar seien. Daran wolle man festhalten, sagte der Ministeriumssprecher.

Den Vorschlag des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, die Schulen – im Sinne des Schulfriedens – über das Tragen eines Kopftuches entscheiden zu lassen, lehnt das Kultusministerium ab. Auch die Schulen müssten laut Urteil „eine Einzelfallprüfung vornehmen", sagte der Ministeriumssprecher: „Da müssen die Religionsfreiheit, die Verfassungsziele, der Schulfriede und andere Aspekte mehr betrachtet und abgewogen werden." Man trete wohl keiner Schulleitung zu nahe, wenn man sage, „dass sich eine Schule mit so einer Aufgabe überheben würde". Zudem entstünde dadurch vermutlich ein Flickenteppich. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 19.3.2015 ■

„Rassismus in Deutschland ist sichtbarer geworden"

Zu den diesjährigen Internationalen Wochen gegen Rassismus rechnen die Initiatoren mit mehr als 1.300 Veranstaltungen in 300 Städten und Gemeinden mit rund 100 000 Teilnehmern. Das ist ein Rekord.

Karlsruhe. Am Montag sind in Karlsruhe die 20. Internationalen Wochen gegen Rassismus eröffnet worden. Unter dem Motto „Anerkennung statt Ausgrenzung" werden bis zum 29. März bundesweit mehr als 1.300 Veranstaltungen in 300 Städten und Gemeinden mit rund 100 000 Teilnehmern angeboten, wie die Organisatoren mitteilten. Koordiniert werden die Veranstaltungen von der Stiftung für die Internationalen Wochen.

Der Rassismus in Deutschland sei vor allem durch die islamfeindlichen „Pegida"-Demonstrationen und die zunehmenden Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Moscheen und Synagogen sichtbarer geworden, sagte Jürgen Micksch, Vorsitzender des Interkulturellen Rates und geschäftsführender Vorstand der Stiftung für die Internationalen Wochen.

Die diesjährigen Veranstaltungen seien eine Antwort „auf die von Populisten, Rechtsextremisten und rassistischen Demonstrationen geschürten Ängste und den Hass gegen Flüchtlinge, Muslime, Roma, Juden und andere Minderheiten". Die Internationalen Wochen gegen Rassismus seien eine starke Bewegung, die seit Jahren zunehme.

Die Stadt Karlsruhe sei für die Eröffnung ausgewählt worden, „weil hier beispielhaft gegen Rassismus gearbeitet werde", betonte Micksch. In Karlsruhe gibt es in den nächsten zwei Wochen 103 Veranstaltungen.

Es gebe verschiedene Formen von Diskriminierung, sagte Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD). Es gebe zwar in Deutschland seit 2006 ein Antidiskriminierungsgesetz, dies sei aber in der Gesellschaft nur wenig bekannt. „Viele Menschen kennen ihre Rechte gar nicht", sagte Öney.

Um die jährlichen Internationalen Wochen gegen Rassismus langfristig zu sichern, wurde im vergangenen Jahr in Frankfurt am Main die Stiftung gegründet. Das Grundkapital in Höhe von 50 000 Euro stellten die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), der Deutsche Fußballbund (DFB), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Förderverein Pro Asyl und der Interkulturelle Rat zur Verfügung, weitere 40.000 Euro kamen von Zustiftern.

Den Etat für dieses Jahr in Höhe von 150 000 Euro hätten zahlreiche Sponsoren aufgebracht, allen voran die EKHN, sagte Micksch. Zu den Geldgebern zählten auch der DFB, der DGB, die Robert Bosch Stiftung, die Organisation Pro Asyl, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie mehrere Handels-, Versicherungs- und Industrieunternehmen.

Der Vorsitzende des Stiftungsrates, der ehemalige DFB-Chef Theo Zwanziger, sagte, dass der Kampf gegen Diskriminierung immer eine Herausforderung sei. „Ich bin der Auffassung, dass wir alle bei den Wochen gegen Rassismus mitmachen müssen." Schließlich habe man in der NS-Zeit gesehen, wohin rassistisches Gedankengut führe. „Deshalb haben wir eine Verantwortung und Verpflichtung dafür, dass so etwas nie mehr passieren darf", betonte Zwanziger.

Die Internationalen Wochen gegen Rassismus gehen auf einen Aufruf der Vereinten Nationen im Jahr 1979 zurück. Sie sollen an das Sharpeville-Massaker erinnern, bei dem Polizisten am 21. März 1960 in Südafrika 69 Menschen erschossen, die gegen das damalige Apartheid-Regime demonstrierten. Der 21. März wurde später von den UN zum „Internationalen Tag zur Überwindung von Rassendiskriminierung" erklärt. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 18.03.2015 ■

Erfolgreich Abschiebung in Hildesheim blockiert

Hildesheim. Am Montag (23. März) sollte ein aus dem Sudan Geflüchteter nach Ungarn abgeschoben werden. Wie von den Behörden angeordnet, hielt er sich um 6:00 Uhr früh in seiner Wohnung in der Jan-Pallach-Straße auf. Doch ca. 110 Aktivist*innen hatten sich aufgemacht, die Abschiebung zu verhindern. Durch eine Sitzblockade stellten sie sich den Beamt*innen in den Weg, um so den Zugang zur Wohnung des Geflüchteten zu verhindern. Zum Hintergrund der Aktion sagte einer der Aktivist*innen: „Ich finde es wichtig, sich dem rassistischen Normalzustand in Deutschland und Europa nicht nur verbal entgegenzustellen. Das Blockieren einer Abschiebung ist also eine sehr direkte und naheliegende Aktionsform, um sich mit den Geflüchteten zu solidarisieren. Erst recht jetzt, wo

vor zwei Tagen einige Neonazis durch Hildesheims Nordstadt marschierten."

Der aus dem Sudan stammende Asylsuchende sollte nach der sogenannten Dublin II Verordnung nach Ungarn abgeschoben werden. Diese Verordnung besagt, dass ein Asylantrag in dem Land gestellt werden muss, in dem der*die Antragsteller*in zuerst „ankam" – faktisch also der Staat, in dem ein Mensch das erste Mal den Behörden bekannt wurde (hier: Ungarn).

Dazu Giulia, eine der Blockierenden:

„Die deutsche Regierung verteidigt seit Jahren die viel kritisierte Dublin-II-Verordnung, um hier möglichst wenig vor Krieg und Elend Geflohene aufnehmen zu müssen. Denn in der Regel kommen Asylsuchende übers Mittelmeer oder die östlichen Landgrenzen nach Europa – nicht etwa über die Nordsee ohne vorher in einem anderen Schengen-Staat gewesen zu sein. So funktioniert deutscher Rassismus und menschenfeindliche Politik im 21. Jahrhundert!"

Um diese Abschiebung zu verhindern, aber vor allem ein deutliches Zeichen zu setzen gegen Rassismus und für eine Welt ohne Grenzen und Nationen, blockierten die Aktivist*innen die heutige Abschiebung.

Tom, ein weiterer Blockierer meint:

„Heute haben wir gezeigt: Was in anderen Städten möglich war, geht auch in Hildesheim! Wir haben es sogar geschafft, in wenigen Tagen über 100 Menschen gegen diese Abschiebung zu mobilisieren, während die Neonazis nach monatelanger Mobilisierung am Samstag nur ca. 80 waren – ich finde, wir sind auf dem richtigen Weg. Ich hoffe also, dass sich in Zukunft noch mehr Menschen direkt dem rassistischen Treiben dieses Staates in den Weg stellen."

Quelle: www.prowe.org 23.3.2015 ■

IHK Lüneburg-Wolfsburg will bessere Integration von Flüchtlingen

Die Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg hat am 12.3.2015 auf ihrer Vollversammlung einstimmig eine bemerkenswerte Resolution verabschiedet, in der sie eine bessere Integration von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt anmahnt. Die IHK formuliert in der Resolution, welchen Beitrag sie selber leisten will, um diese Integration zu befördern. Dazu gehören u.a. eine verstärkte Sensibilisierung der Wirtschaft für Migrant_innen, Vermittlungen von Jugendlichen in Ausbildung oder Ausbildungsvorbereitung sowie eine Beratung bzgl. der Anerkennung mitgebrachter Qualifikationen. Die IHK unterstützt ausdrücklich die Position von Niedersachsens Wirtschaftsminister Lies, wonach u.a. die Zuwanderung in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erleichtert werden soll.

weiter Seite 14

Studie: Schulbücher bilden Migranten oft als Opfer ab

Heute hat jeder dritte Schüler unter 15 Jahren einen Migrationshintergrund. Diese Lebensrealität bilden Schulbücher aber nicht ab. Dort werden Migrantion und Vielfalt meist als „Problem" dargestellt. Das sind Befunde einer aktuellen Schulbuch-Studie.

Deutsche Schulbücher bilden die gesellschaftliche Realität einer Studie zufolge oft einseitig ab. Migration werde vor allem als Problem dargestellt, heißt es in einer wissenschaftlichen Untersuchung von Schulbüchern aus fünf Bundesländern, die am Dienstag in Berlin vorgestellt wurde. Dass Vielfalt als Normalfall dargestellt werde, sei eher die Ausnahme, sagte die Leiterin der Studie, Inga Niehaus. Mehrere Schulbuchverlage riefen zu Geduld auf. Sie sehen sich „auf einem guten Weg".

Nach der Studie stellen die untersuchten Schulbücher Migration und Vielfalt meist nur als Problem und Herausforderung dar „für eine weiterhin überwiegend als homogen vorgestellte Gesellschaft". Was unter der Integration von Ausländern zu verstehen sei, bleibe oft im Vagen. Migranten werden „wiederholt als passiv Betroffene oder Opfer dargestellt".

In Schulbüchern haben Deutsche keinen Migrationshintergrund

Zudem erscheinen Migranten in den Büchern demnach oft als Menschen, von denen „eine Anpassungsleistung an die deutsche Gesellschaft" gefordert werde. Zudem werde nicht präzise formuliert und Begriffe wie „Ausländer", „Fremde" oder „Migranten" nicht voneinander abgegrenzt oder synonym verwendet. „Als 'Deutsche' werden in fast allen Schulbüchern Menschen verstanden, die keine Migrationsgeschichte haben", heißt es in der Studie.

Viele Arbeitsaufträge in den Büchern würden aus der Perspektive der Dominanzgesellschaft gestellt, erklärte Niehaus. So stelle ein Schulbuch aus Bayern die Frage: „Welche Erfahrungen hast du mit Ausländern gemacht?". Ein anderes Buch frage, ob die multikulturelle Gesellschaft Fluch oder Segen sei. „Für die Schülerinnen und Schüler von heute ist sie die Realität", bekräftigte Niehaus.

Die Autoren der Studie empfehlen Verlagen, Autoren und Lehrern daher, gesellschaftliche Vielfalt als normal darzustellen und verallgemeinernde Bezeichnungen wie „die Türken" oder „die Deutschen" zu vermeiden. Auch sollten die Potenziale und Chancen von Migration häufiger Thema sein und verschiedene Perspektiven eingenommen werden. Wünschenswert sei zudem, mehr Menschen mit Migrationshintergrund an der Erstellung von Schulbüchern zu beteiligen.

Das Georg-Eckert-Institut und die Universität Hildesheim haben für die Studie 65 Schulbücher der Sekundarstufe eins aus Bayern, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen untersucht. Schwerpunkte waren Bücher der Fächer Geschichte, Geografie und Sozialkunde aus den Jahren 2003 bis 2014.

In Auftrag gegeben hatte die Studie Özuguz' Vorgängerin Maria Böhmer (CDU).

Die „Schulbuchstudie Migration und Integration" kann auf den Internet-Seiten der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung kostenlos heruntergeladen werden.

Quelle: http://www.migazin.de 18.3.2015 ■



*Ziel dieses Projektes ist die Erarbeitung und Erstellung eines Comic-Heftes mit dem Themenschwerpunkt „Asylsuche". Bereits 2007 haben wir, in Zusammenarbeit mit den Kolleg*innen der damaligen Opferberatung Amal Sachsen, unser erstes Comic veröffentlicht. Die Zielgruppe sind vor allem Schüler*innen. Gründe dafür sind unter anderem die Einfachheit des Comics.*

*Was passiert mit dem Geld bei erfolgreicher Finanzierung? Über dieses Crowdfunding finanzieren wir nur einen Teil der benötigten 10.000 Euro, um Gestaltungs- und Druckkosten zu decken. Den restlichen Betrag werden wir versuchen bei Stiftungen, Freund*innen und Förderern zusammenzukratzen, um die 20.000 Comics zu drucken.*

Wer steht hinter dem Projekt? Der AKuBiZ e.V., ein gemeinnütziger Verein aus Pirna der sich aktiv mit den Themen der Ideologie der Ungleichwertigkeit auseinandersetzt. 10 Mitglieder, die alle ehrenamtlich arbeiten. **www.startnext.com** ■

Hervorzuheben ist aber v.a. die Forderung der IHK nach einem Bleiberecht für Flüchtlinge, die sich in Ausbildung befinden. Damit liegt die IHK Lüneburg-Wolfsburg auf einer Linie mit Bundesarbeitsministerin Nahles, die sich für eben solch ein Bleiberecht einsetzen will, wie aus einer Pressemeldung des epd hervorgeht

Quelle: http://www.nds-fluerat.org 24.3.2015 ■

Lagerpflicht für Flüchtlinge ist rechtswidrig

BAYERN. Anfang des Jahres traten mehrere Änderungen des Aufenthaltsgesetzes, des Asylverfahrensgesetzes und des Asylbewerberleistungsgesetzes in Kraft. Sie sind Teile des Kretschmann-Kompromisses im Bundesrat: Die Bundesländer stimmten zu, Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Im Gegenzug bekamen sie dafür Lockerungen beim Arbeitsmarktzugang, bei der Residenzpflicht und bei der Unterbringung sowie Versorgung der Flüchtlinge.

Von besonderer Bedeutung sind die Änderungen bei der Unterbringung. Danach dürfen Flüchtlinge im Asylverfahren und mit Duldung, die ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können, nicht dazu verpflichtet werden, an einem bestimmten Ort oder in einem bestimmten Flüchtlingslager zu wohnen. Eine Wohnsitzauflage ist hier schlicht nicht mehr zulässig.

Zudem wurde das strikte Sachleistungsprinzip aus dem Asylbewerberleistungsgesetz gestrichen, das in Bayern als bundesgesetzliche Grundlage für die Lagerunterbringung von Flüchtlingen herangezogen wurde. Inzwischen gilt ein Vorrang für Geldleistungen, die Unterkunft kann als Geld- oder Sachleistung gewährt werden. Das bayerische Aufnahmegesetz sieht jedoch immer noch vor, dass generell alle Flüchtlinge im Asylverfahren und mit Duldung in Sammellagern untergebracht werden müssen und ein Auszug nur unter schwer zu erfüllenden Auflagen möglich ist.

„Die rigide Lagerpflicht für Flüchtlinge im bayerischen Aufnahmegesetz ist nicht mehr mit den Bundesgesetzen vereinbar. Das Aufnahmegesetz muss sofort außer Kraft gesetzt werden, um Flüchtlinge in Bayern nicht weiter in ihren Rechten zu beschneiden. Es bedarf einer gründlichen Überarbeitung oder muss ganz abgeschafft werden, auch die meisten anderen Bundesländer kommen ohne ein solches Sondergesetz aus", fordert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats. „Es ist jetzt an der Zeit, die überkommene Lagerpflicht zu streichen und Flüchtlinge nur dann staatlich unterzubringen, wenn Obdachlosigkeit droht. Es fehlen in Bayern schlicht die Unterkunftsplätze, um aus Abschreckungsgründen an diesem anachronistischen Instrument festzuhalten!"

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 24.3.2015 ■

Brand in Asylbewerberunterkünften

WIESBADEN/OSNABRÜCK. In zwei Asylbewerberunterkünften im niedersächsischen Bramsche sowie im hessischen Rüdesheim hat es in der Nacht zu Dienstag gebrannt. Wie die Polizei in Wiesbaden und Osnabrück mitteilte, wurde in beiden Fällen niemand verletzt. Die Ursache für die Feuer war zunächst unklar.

In Rüdesheim entstand nach Polizeiangaben erheblicher Sachschaden beim Brand eines Asylbewerberheims. Demnach hatten Zeugen das Feuer am frühen Morgen gemeldet, beim Eintreffen der Feuerwehr brannte bereits der gesamte Dachstuhl. Die 18 Bewohner brachten sich rechtzeitig in Sicherheit.

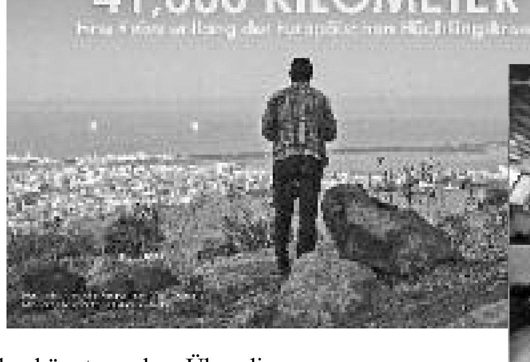
In Bramsche brannten in der Nacht zwei Wohncontainer auf dem Gelände einer großen Erstaufnahmeeinrichtung. Wie die Polizei mitteilte, steht die Ursache zunächst noch nicht fest. Es gebe bisher aber keinen „Hinweis auf Einwirkung von außen".

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 18.3.2015 ■

Fotoreportage: 41000 KILOMETER

Eine Reise entlang der Europäischen Flüchtlingskrise

2015 droht das tödlichste Jahr für Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa zu werden. Im Januar sind 3500 Menschen über das Mittelmeer nach Europa gekommen – über 60 Prozent mehr als im gleichen Monat vergangen Jahres und fast 1500 Prozent mehr als im Januar 2013. Gleichzeitig hat Italien das Seenotrettungsprogramm Mare Nostrum eingestellt. Alleine in einer Woche im Februar sind 300 Flüchtlinge auf dem Mittelmeer gestorben.





Seit einigen Jahren fotografiert Daniel Etter die Flüchtlingskrise entlang der EU-Außengrenzen. Ein Thema, das seine Aktualität leider bisher nicht verloren hat.

Ab Mitte April wird ein Ausschnitt der Fotoreportage im Stadttheater Bremen zu sehen sein. Ab Ende Mai steht die Ausstellung dann zum Verleih zur Verfügung. Die Bilder müssen nur versandt und gehängt werden. Über die genaue Verleihgebühr gibt Daniel Etter Auskunft. Hier seine Homepage: http://www.danieletter.com

HINTERGRUND

41 000 Kilometer sind die südlichen Meer- und östlichen Landgrenzen der Europäischen Union lang. Hier hat sich die EU gegen Flüchtlinge und Armutsmigranten gerüstet, die sich auf den Weg zu Europas Sicherheit und Wohlstand gemacht haben. Hier zeigt sich auch das Versagen der europäischen Migrationspolitik. Während die Landgrenzen immer undurchdringlicher werden, weichen Flüchtlinge und Migranten auf den Seeweg aus. Seit dem Jahr 2000 sind auf dem Mittelmeer mindestens 23 000 Menschen umgekommen als sie versucht haben, die EU in Booten zu erreichen, die kaum seetüchtig sind. Diese fotografische Reise dokumentiert Hoffnung und Leid entlang der Außengrenzen der EU. Von Marokko, über Libyen, die Türkei, Griechenland bis nach Serbien.

Daniel Etter lebt als freier Fotograf und Autor in Barcelona. Er ist Absolvent der Deutschen Journalistenschule, hat einen Magister in Politikwissenschaft und ist ein Stipendiat des Kathryn Davies Fellowships for Peace. Seine Fotos sind unter anderem in der New York Times, TIME Magazine, Newsweek, Stern und Spiegel erschienen. Sein Bild der Gezi Proteste in Istanbul wurde vom TIME Magazine und der New York Times zu einem der besten Fotos 2013 gewählt – in der türkischen Stadt Izmir steht eine Statue, die dem Bild nachempfunden ist. Seine Texte sind in der Zeit, der Süddeutschen Zeitung, Capital, NEON und anderen erschienen. Für seine Reportage aus Aleppo erhielt er 2013 den Axel Springer Preis.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 18.3.2015 ■

Zum 17. Mal als Nummer 39 pünktlich zum Ostermarsch:

Neue Ausgabe der Zeitung gegen den Krieg (ZgK)

ZgK erscheint in einer Zeit, in der die EU einen Wirtschaftskrieg gegen Griechenland führt, in einer Zeit, in der die Berliner Regierung die deutsche Kriegsschuld aus der Zeit der NS-Besatzung in Griechenland frech leugnet, in einer Zeit, in der NATO-Kampfeinheiten an die russische Grenze verlegt werden und Nato-U-Boote mit Atomraketen vor Russlands Küsten auf Patrouille geschickt werden sollen, in einer Zeit, in der EU und IWF diejenigen Milliarden Euro an Krediten der ukrainischen Regierung für Rüstung gewähren, die sie der Athener Regierung zur Bekämpfung von Armut verwehren.

Autorinnen und Autoren u.a.: Jan van Aaken // Frank Brendle // Julia Berghofer // Sevim Dagdelen // Heike Hänsel // Ulla Jelpke // Tobias Pflüger // Ulli Sander // Monty Schädel // Michael Schulze von Glasser // Winfried Wolf u.a.

12 Seiten im Zeitungsformat // Bezugspreise wie immer supergünstig & konkret wie folgt: bei Bestellungen zwischen 1 - 50 Ex.: 30 Cent je Ex.; bei Bestellungen von 51 - 499 Ex.: 25 Cent je Ex.; bei Bestellungen ab 500 Ex.: 20 Cent je Ex.; Jeweils zzgl. Porto + Verpackung.

Bestellungen an: bestellen@zeitung-gegen-den-krieg.de oder Fax 030-227 76 179 oder Tel. 030 - 22 77 3179 (MdB-Büro H. Hänsel) oder online unter http://www.zeitung-gegen-den-krieg.de/

Stimmungsmache

Extreme Rechte und antiziganistische Stimmungsmache – Analyse und Gefahreneinschätzung am Beispiel Duisburg

AK Antiziganismus im DISS (Hg.), veröffentlicht als kostenlose Online-Broschüre im März 2015.

Autor_innen: Martin Dietzsch, Anissa Finzi, Alexandra Graevskaia, Ismail Küpeli, Zakaria Rahmani, Stefan Vennmann.

Die Broschüre untersucht exemplarisch am Beispiel der Stadt Duisburg, wie die extreme Rechte das Thema Antiziganismus aufgriff. Sie agierte dabei nicht isoliert im luftleeren Raum. Vielmehr besteht ein Zusammenhang zwischen Alltagsrassismus, etablierten Medien, Kommunalpolitik, und den Erfolgschancen der extremen Rechten. Dieses komplizierte Wechselspiel ist Gegenstand dieser Broschüre.

Im Vorwort heißt es dazu:

„Seit dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Jahr 2007 machen Bürger_innen dieser Länder von ihrem Recht Gebrauch, sich in Duisburg, Dortmund, Berlin, aber auch vielen anderen deutschen Städten niederzulassen. Duisburg ist eine arme Stadt, und viele der Migrant_innen sind ebenfalls arm. Viele von ihnen sind nicht nur arm, sondern gehören auch der diskriminierten Minderheit der Rom_nija an. In Duisburg und in anderen Städten gab es in den letzten Jahren heftige öffentliche Debatten, die stark von Antiziganismus geprägt waren. Die Stimmung in Teilen der Bevölkerung spitzte sich so zu, dass sich viele an die rassistischen Pogrome gegen Asylsuchende Anfang der 1990er Jahre erinnert fühlten. Es dürfte kaum überraschen, dass Gruppierungen und Parteien der extremen Rechten versuchten, diese Stimmung für sich zu nutzen. Dies ist ihnen zum Teil gelungen, sie zogen z. B. mit einem Rekordergebnis in den Duisburger Stadtrat ein.



Diese Broschüre untersucht exemplarisch am Beispiel der Stadt Duisburg, wie die extreme Rechte das Thema Antiziganismus aufgriff. Sie agierte dabei nicht isoliert im luftleeren Raum. Vielmehr besteht ein Zusammenhang zwischen Alltagsrassismus, etablierten Medien, Kommunalpolitik, und den Erfolgschancen der extremen Rechten. Dieses komplizierte Wechselspiel ist Gegenstand dieser Broschüre.

Auch wenn sich manche Entwicklungen in Duisburg besonders zugespitzt haben, so lassen sich ähnliche Beobachtungen auch in anderen Städten ausmachen. Trotzdem wird Duisburg überregional immer wieder exemplarisch als Extrembeispiel dargestellt. Insbesondere die extreme Rechte pflegt ein Schreckensbild von Duisburg und behauptet des Öfteren, dass die Stadt durch Einwanderung verloren sei und demnächst auch weitere deutsche Städten folgten, wenn nicht dringend etwas getan werde. Doch auch etablierte Medien haben Duisburg in den letzten Jahren immer wieder als Schreckensbeispiel dargestellt. Über das von den lokalen Medien als „Problemhaus“ getaufte Gebäude und seine Bewohner_innen berichteten sogar eine britische Nachrichtenseite und ein russischer Fernsehsender und stellten Duisburg dem internationalen Publikum reißerisch und vollkommen verzerrend dar.

Mit dieser Broschüre wollen wir über die Gefahr der extrem rechten und antiziganistischen Stimmungsmache informieren und Anregungen geben, sich mit dieser auseinanderzusetzen, damit solche Entwicklungen wie in den letzten Jahren in Duisburg in Zukunft vermieden werden können. Durch das Wissen um das Negativbeispiel Duisburg können Akteur_innen in anderen Städten ähnliche Entwicklungen rechtzeitig erkennen und diesen gezielt entgegenwirken.

Diese Online-Broschüre gibt es zum Download und zum Ausdrucken als PDF-Datei: http://www.diss-duisburg.de/2015/03/online-broschuere-zur-antiziganistischen-stimmungsmache/

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Das Kopftuchurteil – rechtsradikal?

Junge Freiheit Nr. 13/15
vom 20. März 2015

Der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts hat entschieden, dass das nordrhein-westfälische Schulgesetz geändert werden muss. Das Schulgesetz hat Musliminnen das Tragen von Kopftüchern verboten und gleichzeitig festgelegt, dass die Darstellung christlicher und abendländischer Traditionen hingegen erlaubt ist – Nonnen und Pfarrer dürfen sich durch ihre Kleidung sichtbar zur christlichen Religion bekennen. Das Gericht entschied, diese Regelung verstoße gegen die Religionsfreiheit und benachteilige eine Religion.

Das Blatt kommentiert: „Das parteipolitische Gericht hat jüngst entschieden, dass ein generelles Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen nicht statthaft sei, In ihrer rechtspolitischen Argumentation lassen die Karlsruher Richter eine Sichtweise erkennen, die auf dem ‚rechten' Auge blind und geschichtsvergessen erscheint … Während des Unterrichts getragen, ist das Kopftuch kein diskreter Ausdruck einer privaten religiösen Überzeugung, sondern, wie … Wolfgang Bosbach zu Recht feststellt, das demonstrative Signal einer ‚bewussten kulturellen Abgrenzung zur christlich-jüdischen Tradition unseres Landes'."

Wie ist es damit bestellt? Strenggläubige Christinnen bedecken ihr Haar mit einem Kopftuch oder einer Haube, gehen nicht ohne Kopfbedeckung in eine Kirche. Strenggläubige Jüdinnen tragen ebenfalls Kopfbedeckungen, sobald sie verheiratet sind. Hindu-Frauen tragen einen Sari, der ebenfalls den Kopf bedeckt. Das Neue Testament – der Korinther-Brief – setzt Frauen ohne Kopfbedeckung im Gottesdienst mit Huren gleich: „Eine Frau aber entehrt ihr Haupt, wenn sie betet oder prophetisch redet und dabei ihr Haupt nicht verhüllt. Sie unterscheidet sich dann in keiner Weise von einer Geschorenen." Das sollte der Kommentator des Blattes, Professor für christliche Sozialethik Wolfgang Ockenfels, eigentlich kennen.

Nur christliche Flüchtlinge sind gute Flüchtlinge

Junge Freiheit Nr. 13/15
vom 20. März 2015

Einer syrischen Familie ist die Flucht zu Verwandten in Deutschland gelungen. Chefredakteur Dieter Stein kommentiert: „Sie erzählen, wie ihre Flucht … vor den Schergen des IS gelang, die Christen … mit dem Tod bedrohen. Ein Beispiel, das zeigt, für wen das Grundrecht auf Asyl das Tor zum Überleben bedeutet. Dieser Wert droht unter die Räder zu kommen in einem Moment, in dem die Asylbewerberzahlen explodieren und der berechtigte Unmut über zunehmenden Missbrauch des Grundrechts steigt."

Die Flucht vor dem IS ist gut, die Flucht einer Roma-Familie, der grundlegende Menschenrechte verwehrt werden, aus einem Balkan-Staat ist angeblich Missbrauch, egal welcher Religion sie angehört. Über den zurückgetretenen Bürgermeister von Tröglitz verbreitet das Blatt, er habe keinen Rückhalt in seinem Ort gehabt – obwohl er ja gewählt worden ist.

Parteitagsvorbereitungen in der AfD

Junge Freiheit Nr. 12, 13, 14/15
vom 13., 20., 27. März 2015

Die Auseinandersetzungen in der AfD, die nach dem letzten Parteitag befriedet schienen, nehmen wieder an Fahrt auf. Der Vorstand hat dem jetzigen Geschäftsführer zum Juni fristgemäß gekündigt, die Parteikasse sei leer. Außerdem soll der Parteitag im Juni den in der Satzung neu verankerten Generalsekretär wählen.

Der Landesparteitag Thüringen hat eine „Erfurter Resolution" beschlossen, in der es heißt: „Die Bürger haben uns gewählt, weil sie hoffen, dass wir anders sind als die etablierten Parteien: demokratischer, patriotischer, mutiger. Anstatt nun jedoch die Alternative zu bieten, die wir versprochen haben, passen wir uns ohne Not mehr und mehr dem etablierten Politikbetrieb an: dem Technokratentum, der Feigheit und dem Verrat an den Interessen unseres Landes."

Die Resolution ist inzwischen auch von Mitgliedern der AfD außerhalb Thüringens unterzeichnet worden, darunter ist auch der brandenburgische Vorsitzende Alexander Gauland. Sprecher Bernd Lucke reagierte umgehend und erklärte, die Partei brauche keine Flügel, daran werde sie zerbrechen.

Chefredakteur Dieter Stein fürchtet um das Projekt AfD: „Aus einem taufrischen basisdemokratischen Projekt scheint eine Schlangengrube geworden zu sein … Die Partei ringt um ihre endgültige Positionierung innerhalb eines politischen Systems, das in Deutschland bislang rechts neben der Union nur eine Abbruchkante ins Nichts vorsah … Der bisherige Erfolg der AfD hängt mit ihrem Ausgangspunkt und den sie von Anbeginn tragenden Persönlichkeiten zusammen: Sie entstand nämlich nicht aus den Trümmern gescheiterter Rechtsparteien und dem diese regelmäßig marginalisierten Milieu, stattdessen war sie ein Spaltprodukt der ‚Mitte der Gesellschaft', aus der Führung von Wirtschaft, Forschung und Politik … Gegen den von manchen als technokratisch kritisierten Lucke-Kurs formiert sich nun … eine Strömung, die letztlich die Partei weiter nach rechts öffnen will und damit keineswegs den konservativen Flügel repräsentiert … Lucke stand bislang für den vernünftigen Kurs einer Partei des ‚gesunden Menschenverstandes" … Die Partei steht vor ihren härtesten Auseinandersetzungen. Deren Ausgang wird darüber entscheiden, ob die AfD bei der Bundestagswahl 2017 noch ein politisch ernstzunehmender Faktor ist."

Da das Blatt bislang neben Bernd Lucke auch AfD-Vertreter wie Alexander Gauland, Brandenburg, Björn Höcke, Thüringen, Frauke Petry, Sachsen, gerne interviewt hat und ihre nationalistischen Positionen unterstützt hat, kann das nur als Aufforderung verstanden werden, dass die AfD zumindest bis zur Bundestagswahl als „vernünftig" und nicht zu „rechtsextrem" in der Öffentlichkeit auftreten möge.

uld ■